

# Politische Bildung

## Staat und Recht

### Theoretischer Teil



### Praktischer Teil

Denkaufgaben

Arbeitsblätter

Worträtsel



## Einleitung

Das Recht ist dazu da, um das **Zusammenleben der Menschen** untereinander gerecht zu gestalten. Es soll eine Ordnung hergestellt werden, in der die Ansprüche jedes einzelnen Menschen und der Gemeinschaften berücksichtigt und in Einklang gebracht werden. Im Allgemeinen tritt **das Recht in Form von Gesetzen** (Normen, Vorschriften,...) in Erscheinung. Bei der Anwendung der Rechtsordnung kommt es immer auf die Einzelfälle des Lebens darauf an, den Willen des Gesetzgebers zu ermitteln (welche Regelung hat der Gesetzgeber dafür vorgesehen), weiters, was die Beteiligten durch ihre Erklärungen und Handlungen wollten bzw. wollen

Wie in allen Lebensgebieten gibt es auf dem Gebiet des Rechts eine Reihe von **Fachausdrücken** und **besonderen Sprachformen**, die vom alltäglichen Sprachgebrauch abweichen.

Eine Schwierigkeit könnte darstellen zu unterscheiden zwischen einer rechtlichen Regelung der „Rechtslage“ (Juristen – „was rechtens ist“) und ihrer Umsetzung in die Wirklichkeit. Es ist Aufgabe der Juristen, die Gesetze möglichst nach den eigenen Bedürfnissen zurechtzubiegen oder so lange zu „verdrehen“, bis sie ein gewünschtes Ergebnis liefern.

Wichtig ist es, dass sie Übung darin gewinnen, gesellschaftliche Bedingungen und Wirkungen des Rechts zu beurteilen.

Da mir in der heutigen Zeit für junge Menschen gewisse Grundkenntnisse im Bereich „Des Rechts“ sehr wichtig erscheinen, möchte ich den vorliegenden Band allen Schultypen zur Verfügung stellen.

Um den Unterricht interessanter und abwechslungsreicher gestalten zu können, erstellte ich diese Arbeitsmappe, die die SchülerInnen dazu motivieren soll, mithilfe von Arbeitsblättern, Rätseln und Folien dieses umfangreiche Themengebiet selbstständig zu erarbeiten.

Mein besonderer Dank gilt dem Verleger Erwin Schwarzinger, der es mir ermöglichte, über das „Schulbuchzentrum“ den Arbeitsband zu veröffentlichen.

Ich hoffe, damit einen wesentlichen Beitrag zu einer informativen und lebendigen Unterrichtsgestaltung für „Politische Bildung“ geleistet zu haben.

### Impressum:

Titel: Staat und Recht, Autor und Lektorat: Roman Wielander, St. Martin 51, A-3971 St. Martin, Tel. +43 (0)676/9611861; e-mail: roman.wielander@gmx.at, Produktion: Waldviertler Lehrmittelverlag, A-3910 Zwettl, Syrafeld 20, www.lernen.at; Grafiken: Roman Wielander; Satz und Layout: Roman Wielander; Verlag: Waldviertler Lehrmittelverlag, E. Schwarzinger, A-3910 Zwettl, Syrafeld 20, Tel. +43(0)2822/53535-0+ Fax +43/(0)2822/53535-4, e-mail: wlv@lernen.at, www.lernen.at; Urheber- und Leistungsschutzrechte: Roman Wielander © Mai 2010 bei Waldviertler Lehrmittelverlag, E. Schwarzinger; ISBN 978-3-902556-69-1; 1. Auflage 2010, Die Verwertung der Texte und Bilder, auch auszugsweise, ist ohne Zustimmung des Verlages urheberrechtswidrig und strafbar. Dies gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Verarbeitung mit elektronischen Systemen. Die Vervielfältigung der Arbeitsblätter ist nur für den Schulgebrauch an einer Schule gestattet. Jede weitere Verwendung sowie Vervielfältigung, insbesondere durch Printmedien und audiovisuelle Medien, sind auf Grund des Urheberrechtes verboten und bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung des Autors und des Verlages. Alle Rechte vorbehalten. Für Veröffentlichung: Quellenangabe.

# Inhaltsverzeichnis

## Politische Bildung - Staat und Recht

Thema	Seite
Einleitung	2
Inhaltsverzeichnis	3
Grundsatzprinzipien der „Politischen Bildung“	4-7
Didaktische Grundsätze (Lehrplan/Lehrstoff/Didaktik)	8-10
<b>Grundlagen der Rechtsordnung</b>	11-31
<b>I. Das Privatrecht</b>	32
a) Allgemein	33-46
b) Familienrecht	47-56
c) Ehe recht	57-66
d) Erbrecht	67-83
e) Sachenrecht	84-112
f) Schuldrecht	113-132
<b>II. Gewerberecht</b>	133-154
<b>III. Unternehmensrecht</b>	155-177
<b>IV. Arbeitsrecht</b>	178-206
<b>V. Sozialrecht</b>	207-223
<b>VI. Strafrecht</b>	224-248
<b>VII. Verkehrsrecht</b>	249-254

# Politische Bildung in den Schulen

## I. Grundsätzliches

Die österreichische Schule kann die umfassende Aufgabe, wie sie ihr im §2 des Schulorganisationsgesetzes gestellt ist, nur erfüllen, wenn sie die Politische Bildung der Schuljugend entsprechend berücksichtigt. Politische Bildung ist eine Voraussetzung sowohl für die persönliche Entfaltung des einzelnen wie für die Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Ganzen. Sie ist in einer Zeit, die durch zunehmende Kompliziertheit in allen Lebensbereichen gekennzeichnet ist, ein aktiver Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft und zur Verwirklichung der Demokratie. Wesentliche Anliegen der Politischen Bildung sind die Erziehung zu einem

- demokratisch fundierten Österreichbewusstsein,
- zu einem gesamteuropäischen Denken
- und zu einer Weltoffenheit, die vom Verständnis für die existentiellen Probleme der Menschheit getragen ist.

Politische Bildung ist einem Demokratieverständnis verpflichtet, das in der Anerkennung legitimer Herrschaft und Autorität keinen Widerspruch zur postulierten Identität von Regierenden und Regierten sieht.

Im Mittelpunkt steht aber die Frage, wodurch Herrschaft und Autorität von der Gesellschaft als rechtmäßig anerkannt werden: In einem demokratischen Gemeinwesen wird unabänderliches Merkmal sein, dass Autorität und Herrschaft aus der Quelle der freien Bestellung, der freien Kontrolle und der freien Abrufbarkeit durch die Regierten bzw. durch die von diesen eingesetzten Organe geschöpft werden. Dabei wird ein demokratisches Regierungssystem umso erfolgreicher arbeiten können, je mehr der Gedanke der Demokratie auch in anderen Bereichen der Gesellschaft anerkannt wird.

Politische Bildung in den Schulen wird davon auszugehen haben, dass die politische Sphäre im Zeichen von Wertvorstellungen steht. Friede, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit sind Grundwerte, auf denen jede menschliche Gesamtordnung und somit jedes politische Handeln beruhen muss. Dabei muss aber bewusst bleiben, dass diese Grundwerte oft in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen und dass auch bei gleichen ideellen Ausgangsvorstellungen verschiedene Auffassungen über die Verwirklichung dieser Ideen in einer bestimmten Situation bestehen können.

Politische Bildung vollzieht sich - auf der Grundlage der oben genannten Wertvorstellungen - in drei Bereichen, die einander wechselseitig bedingen:

# Politische Bildung in den Schulen

## 1. Politische Bildung ist Vermittlung von Wissen und Kenntnissen:

Der Schüler soll einen Einblick in die Ordnungen und die verschiedenen Ausformungen des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens gewinnen. Er soll Sachinformationen über die historischen und gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen dieser Ordnungen erhalten und die in ihnen wirkenden Kräfte und Interessen erkennen.

## 2. Politische Bildung ist Entwicklung von Fähigkeiten und Einsichten:

Der Schüler soll die Fähigkeit zum Erkennen von politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenhängen und zu kritischem Urteil gewinnen. Die Einsicht in die einzelnen Faktoren gesellschaftspolitischer Entscheidungsfindung (die Träger von gesellschaftlicher, insbesondere von politischer Verantwortung, ihre Ziel- und Wertvorstellungen, ihre Interessen; die Entscheidungs- und Handlungsabläufe; die Machtverteilung) soll die Grundlage zu einer eigenen Meinungsbildung sein, um die persönliche Aufgabe bei der Gestaltung unserer Gesellschaft wahrnehmen zu können.

## 3. Politische Bildung ist Weckung von Bereitschaft zu verantwortungsbewusstem Handeln:

Politische Bildung will die Bereitschaft des Schülers wecken und fördern, politische Vorgänge aktiv mitzugestalten. Der Schüler soll bereit sein, Entscheidungen, die er nach eigenständigen Wertauffassungen getroffen hat - gegebenenfalls auch unter Belastung und unter Hintansetzung persönlicher Interessen - in politisch verantwortungsbewusstes Handeln umzusetzen. Der Auftrag zu Politischer Bildung wendet sich an alle Lehrer und bedeutet, dass Politische Bildung als Unterrichtsprinzip im Rahmen der durch Schulart, Schulstufe und Unterrichtsgegenstand gegebenen Möglichkeiten im Sinne der in Teil II angegebenen Zielvorstellungen wirksam wird. Dabei sind die Chancen, die sich durch den fachlichen Auftrag des Lehrers ergeben, ebenso zu nützen wie jene, die sich von der pädagogischen Funktion her anbieten. Ein planvolles Zusammenwirken aller Lehrer ist anzustreben.

## II. Nähere Umschreibung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung

Das Unterrichtsprinzip Politische Bildung strebt im Rahmen der Lehrplaninhalte folgende Ziele an:

1. Politische Bildung soll den Schüler befähigen, gesellschaftliche Strukturen in ihrer Art und ihrer Bedingtheit zu erkennen (Interessen, Normen, Wertvorstellungen; Herrschaft, Macht, Machtverteilung; politische Institutionen).

## Politische Bildung in den Schulen

2. Politische Bildung soll die Überzeugung wecken, dass Demokratie sich nicht in einem innerlich unbeteiligten Einhalten ihrer Spielregeln erschöpft, sondern ein hohes Maß an Engagement erfordert; das sollte zur Bereitschaft führen, gemeinsam mit anderen oder allein alle Möglichkeiten realisierbarer Mitbestimmung im demokratischen Willensbildungsprozess verantwortungsbewusst zu nützen.

Es soll auf eine "Politisierung" im Sinne eines Erkennens von Möglichkeiten hingearbeitet werden, am politischen Leben teilzunehmen, um die eigenen Interessen, die Anliegen anderer und die Belange des Gemeinwohls legitim zu vertreten.

3. Politische Bildung soll das Denken in politischen Alternativen schulen und dabei zu einer toleranten Einstellung gegenüber politisch Andersdenkenden führen. Dem Schüler soll bewusst werden, dass in einem demokratischen Gemeinwesen bei der Durchsetzung legitimer Interessen oft Zivilcourage nötig ist und dass Mehrheitsentscheidungen anzuerkennen sind, sofern sie in demokratischer Weise erfolgten und den Grundsätzen der Allgemeinen Menschenrechte entsprechen.

4. Politische Bildung soll das Verständnis des Schülers für die Aufgaben der Umfassenden Landesverteidigung im Dienste der Erhaltung der demokratischen Freiheiten, der Verfassungs- und Rechtsordnung, der Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit unserer Republik wecken. Auf den defensiven Charakter unserer Landesverteidigung und auf Fragen der zivilen Schutzvorkehrungen und wirtschaftlichen Vorsorgemaßnahmen soll dabei besonders eingegangen werden.

5. Politische Bildung soll die Fähigkeit und Bereitschaft fördern, für unantastbare Grundwerte, wie Freiheit und Menschenwürde, einzutreten, Vorurteile abzubauen und sich auch für die Belange Benachteiligter einzusetzen; sie soll die Einsicht vermitteln, dass das Herbeiführen einer gerechten Friedensordnung für das Überleben der Menschheit notwendig ist; sie soll ein klares Bewusstsein dafür schaffen, dass die Erreichung dieses Zieles weltweit den Einsatz aller Kräfte erfordert und als persönliche Verpflichtung eines jeden Menschen aufgefasst werden muss.

### III. Grundlegende Hinweise für die Gestaltung des Unterrichts

Für das Unterrichtsprinzip Politische Bildung ist die Vorstellung maßgebend, dass Lernen auf Erfahrung und Einsicht beruht und Erkennen und Wissen in Beziehung zu einer möglichen Aktivität stehen. Daher wird die Vermittlung von Lerninhalten durch eine Förderung des Erlebens demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen zu ergänzen sein. In diesem Sinne sollen die Schüler die Möglichkeiten zu selbständiger, verantwortungsbewusster Tätigkeit, wie sie unter anderem im Rahmen des Schulunterrichtsgesetzes vorgesehen sind, nützen.



## Politische Bildung in den Schulen

Ein wesentlicher Anknüpfungspunkt für die Politische Bildung liegt in den sozialen Erfahrungen der Schüler. Daher werden Lernprozesse vor allem beim Erfahrungsbereich des Schülers anzusetzen haben.

Erzieherischer Grundsatz muss es sein, dass bei Stellungnahmen und Wertungen stets auch abweichende Meinungen aufgezeigt werden im Hinblick darauf, dass in der Demokratie auch verschiedene Wertvorstellungen und Meinungen nebeneinander bestehen können, sofern sie den für unsere Gesellschaft gültigen Grundwerten verpflichtet sind bzw. diese nicht verletzen. Gegensätzliche Interessen sollen offen dargestellt und unterschiedliche Auffassungen im Dialog ausgetragen werden, zumal das Gespräch eine wichtige Voraussetzung dafür ist, einen Konsens zu finden oder einen Kompromiss zu erzielen.

Diese Art der Unterrichtsführung und des Erziehens stellt hohe Ansprüche an das fachliche und pädagogische Können und an die Einsatzfreude des Lehrers sowie an seine Fähigkeit, auf den Schüler in partnerschaftlicher Weise einzugehen. Der Lehrer wird Politische Bildung (gerade angesichts der oft starken Bindungen zwischen Lehrer und Schüler) keinesfalls zum Anlass einer Werbung für seine persönlichen Ansichten und politischen Auffassungen machen. Erfordert es die Situation, dass der Lehrer seine persönlichen Ansichten darlegt, so wird er streng drauf zu achten haben, dass durch seine Stellungnahme abweichende Meinungen nicht diskreditiert werden und dass die Schüler eine kritisch-abwägende Distanz zu dieser persönlichen Stellungnahme des Lehrers aufrechterhalten können.

Die Beachtung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung bedeutet somit eine anspruchsvolle Herausforderung an alle Fähigkeiten des Lehrers, sie stellt aber ebenso an den Schüler hohe Ansprüche. Vom Schüler muss verlangt werden, dass er an der Sicherung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung im Rahmen jener Möglichkeiten mitwirkt, die vor allem das Schulunterrichtsgesetz eröffnet.

Erfolgreich wird die Politische Bildung an den Schulen besonders dann sein, wenn auch die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern (in Schulgemeinschaftsausschüssen, bei Elternabenden, in Elternvereinen) von beiden Seiten genutzt werden; dies gilt gerade im Hinblick auf die Hauptverantwortung der Eltern für die gesamte Erziehung.

Das Zusammenwirken von Lehrern, Schülern und Eltern wird die besten Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Schule ihren Beitrag zur Mitgestaltung der politischen Kultur des Landes leisten kann.

## LEHRPLAN DES PFLICHTGEGENSTANDES POLITISCHE BILDUNG

### Bildungs- und Lehraufgabe

- ✓ Der Schüler soll zur aktiven, kritischen und verantwortungsbewussten Gestaltung des Lebens in der Gemeinschaft befähigt sein.
- ✓ Er soll sich der persönlichen Position bewusst sein, andere Standpunkte und Überzeugungen vorurteilsfrei und kritisch prüfen sowie die eigene Meinung vertreten können.
- ✓ Er soll zur Mitwirkung am öffentlichen Leben bereit sein, nach Objektivität streben und anderen mit Achtung und Toleranz begegnen.
- ✓ Er soll für humane Grundwerte eintreten, sich für die Belange Benachteiligter einsetzen und in jeder Gemeinschaftsform zwischenmenschliche Beziehungen partnerschaftlich gestalten.
- ✓ Er soll Vorurteile erkennen und bereit sein, sie abzubauen.
- ✓ Er soll die Verantwortung des Einzelnen und der Gesellschaft für eine gesunde Umwelt und die sich daraus ergebenden Interessenkonflikte erkennen und umweltbewusst handeln.
- ✓ Er soll Konflikte gewaltfrei bewältigen können und für Frieden und Gleichberechtigung eintreten.
- ✓ Er soll sich der Stellung seines Landes in Europa und in der Welt sowie der Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit bewusst sein.
- ✓ Er soll mit Rechtsgrundlagen, die ihn in Beruf und Alltag betreffen, vertraut sein und die Grundzüge der staatlichen Rechtsordnung kennen.
- ✓ Er soll das Wirken der Kräfte in Staat und Gesellschaft im Zusammenhang mit der zeitgeschichtlichen Entwicklung verstehen und die Mitwirkungsmöglichkeiten erkennen und nützen.



## Lehrstoff

### **Lehrling und Betrieb:**

Berufsbildung. Rechtliche Bestimmungen über die duale Berufsausbildung sowie die Beschäftigung von Jugendlichen und ihrer Vertretung im Betrieb. Weiterbildung.

### **Berufliches Umfeld:**

Arbeitsrecht. Sozialrecht. Interessenvertretungen. Arbeitsmarkt. Personenverkehr in der EU.

### **Soziales Umfeld:**

Gemeinschaftsformen - Gemeinschaftsbeziehungen. Gesundes Leben. Umwelt. Medien. Jugendschutz. Der Jugendliche als Verkehrsteilnehmer.

### **Zeitgeschichte:**

Werden und Entwicklung des Staates.

### **Der Staat in der Völkergemeinschaft:**

Das eigene Land in der Europäischen Union. Internationale Beziehungen. Internationale Organisationen.

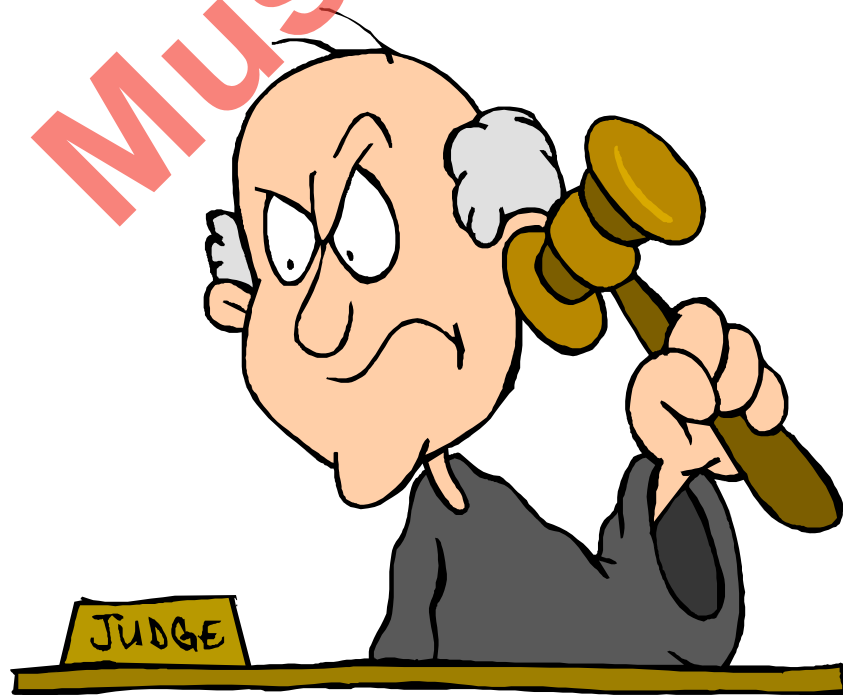
### **Rechtliche Grundlagen des eigenen Staates, politisches System im eigenen Land:**

Prinzipien der Verfassung. Neutralität. Landesverteidigung. Grund- und Freiheitsrechte. Staatsbürgerschaft. Politische Parteien und Verbände. Sozialpartnerschaft. Wahlen. Direkte Demokratie. Bundesgesetzgebung, Bundesverwaltung. Gerichtsbarkeit. Landesgesetzgebung, Landesverwaltung. Gemeinde. Budget.

## Didaktische Grundsätze

- Der Unterricht soll auf den Erfahrungen der Schüler aufbauen, sich an ihren Bedürfnissen orientieren und die gesellschaftliche Realität einbeziehen.
- Das aktuelle Zeitgeschehen ist zu berücksichtigen.
- Zeitgeschichte ist insoweit zu behandeln, als entsprechende Kenntnisse für das Verständnis der Gegenwart notwendig sind.
- Gesetze sollen nur in ihren wesentlichen Bereichen dargestellt werden.
- Auf bestehende Diskrepanzen zwischen Gesetzesanspruch und Wirklichkeit ist einzugehen.
- Die politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und humanitären Leistungen sollen bei sich bietender Gelegenheit hervorgehoben und die Verhältnisse im Vergleich zu anderen Staaten dargestellt werden.
- Auf die Entwicklung der Fähigkeiten der Schüler, kritisch zu denken, sich anderen mitzuteilen, kooperativ zu handeln und selbständig zu arbeiten, soll besonderer Wert gelegt werden. Dies soll durch die Auswahl entsprechender Sozialformen und Unterrichtsmethoden gefördert werden.
- Die Lehrer müssen sich ihrer Wirkung im Umgang mit Schülern bewusst sein. Unabhängig von ihrer eigenen Meinung haben sie auch andere Standpunkte und Wertvorstellungen darzustellen, um den Schülern eine selbstständige Meinungsbildung zu ermöglichen.

# Grundlagen der Rechtsordnung



# Grundlagen der Rechtsordnung

Damit die Erhaltung und Weitergabe des Lebens möglich ist, sind Menschen auf Gemeinschaften angewiesen.

Um hier einen Ausgleich zu schaffen, haben sie verschiedene Formen von Ordnungen erstellt:

- a) **Herrschende Sitten:** Beachtet man sie nicht, kann man von den übrigen Mitgliedern geachtet bzw. ausgeschlossen werden.
- b) **Gebot der Moral:** wendet sich an das Gewissen, keine Hilfe zu leisten. Obwohl man es könnte, muss man es mit seinem eigenen Gewissen ausmachen - die Person verliert allgemein an Achtung und Vertrauen.
- c) **Das Recht:** Einhaltung der Gebote mit staatlichen Machtmitteln (Zwangsgewalt - Eintreibung von Steuern,...)

## Der Begriff des Rechts

Man unterscheidet

- 1) **Recht im objektiven Sinn:** ist die Gesamtheit aller Normen (Regeln für das menschliche Verhalten) - vom Staat erlassen - bei Nichtbefolgung muss man mit Sanktionen rechnen. **Beispiele:** Bundesverfassungsgesetz, Lehrpläne für die einzelnen Schultypen, Einkommenssteuergesetz, ....
- 2) **Recht im subjektiven Sinn:** sind die Ansprüche, die die Rechtsordnung dem Einzelnen zugesteht. **Beispiele:** Pfandrecht, Recht der Redefreiheit, Unterhalt, ...

## Arten des Rechts im objektiven Sinn

### 1. Positives Recht – Naturrecht

Positives Recht wird von den dafür zuständigen Organen erlassen oder gilt als anerkannte Norm.

**Beispiel:** Das zuständige Ministerium (Unterrichtsministerium) erlässt eine Reifeprüfungsverordnung.

**Nenne weitere Beispiele:**

---

---

---

Das Naturrecht sieht keine formulierten Normen vor. Es kann als die Quelle der allgemein anerkannten Rechtsgrundsätze (Menschenrechte) angesehen werden. Das Recht soll „gerecht“ sein. Bei gleichem Sachverhalt soll jeder gleich behandelt werden.

### 2. Gesetztes Recht – Gewohnheitsrecht

Das gesetzte (gesetzte) Recht ist ein schriftlich niedergelegtes Recht (Gesetze und Verordnungen). **Gib Beispiele dazu an:**

---

---

Das Gewohnheitsrecht ist nicht schriftlich festgehalten. Es wird von den Angehörigen der Rechtsgemeinschaft befolgt, da man überzeugt ist, dass es Recht sei. Eine große Rolle spielt es im Unternehmens- und Völkerrecht.

## Arten des Rechts im objektiven Sinn

### 1. Positives Recht – Naturrecht

Positives Recht wird von den dafür zuständigen Organen erlassen oder gilt als anerkannte Norm.

**Beispiel:** Das zuständige Ministerium (Unterrichtsministerium) erlässt eine Reifeprüfungsverordnung.

**Nenne weitere Beispiele:**

- die bestehende **Gewerbeordnung** wird durch den **Gesetzgeber** geändert,
- das zuständige Organ der **Europäischen Gemeinschaft** beschließt eine neue Verordnung

Das Naturrecht sieht keine formulierten Normen vor. Es kann als die Quelle der allgemein anerkannten Rechtsgrundsätze (Menschenrechte) angesehen werden. Das Recht soll „gerecht“ sein. Bei gleichem Sachverhalt soll jeder gleich behandelt werden.

### 2. Gesetztes Recht – Gewohnheitsrecht

Das gesetzte (gesetzte) Recht ist ein schriftlich niedergelegtes Recht (Gesetze und Verordnungen).

**Gib Beispiele dazu an:**

**das Handelsgesetzbuch, die Lebensmittelkennzeichnungsverordnung**

Das Gewohnheitsrecht ist nicht schriftlich festgehalten. Es wird von den Angehörigen der Rechtsgemeinschaft befolgt, da man überzeugt ist, dass es Recht sei. Eine große Rolle spielt es im Unternehmens- und Völkerrecht.



### 3. Materielles Recht – formelles Recht

Das materielle Recht regelt das Verhalten von Menschen in inhaltlicher Beziehung. Beispiele: Verbot von Diebstahl, welches Gewerbe ist zu den „Handwerkern“ zu zählen,...

Formelles Recht = Verfahrensrecht - Möglichkeiten: Bestrafung bei Diebstahl (Strafprozess), Vorschriften zur Erlangung eines Führerscheines

### 4. Zwingendes Recht – nachgiebiges Recht

Ein zwingendes Recht kann von einem Beteiligten nicht verändert werden.

**Beispiel:** Man kann keine Ehe auf Zeit schließen oder sich bei der Eheschließung vertreten lassen.

Das nachgiebige Recht kann vom Berechtigten oder durch Vereinbarung geändert werden. **Nenne Beispiele dazu:**

---

---

---

### 5. Generelles Recht – individuelles Recht

Das generelle Recht richtet sich an einen abstrakten Personenkreis (z.B. alle Personen unter sieben Jahren, alle Erwerbstätigen,...), individuelles an einzelne konkrete Personen (für den Verurteilten,...).

### 6. Privates Recht – öffentliches Recht

Beim Privatrecht wird eine hoheitliche Macht (vom Staat) angewendet. Die Beteiligten sind gleichberechtigt. Beispiel: ein privater Unternehmer als Verkäufer,...

Das öffentliche Recht regelt die Rechtsbeziehungen (z.B. Abgabenrecht,...). Rechtsträger sind der Bund oder die Länder (z.B. Bundesverfassungsgesetz, Strafrecht,...)

### 3. Materielles Recht – formelles Recht

Das materielle Recht regelt das Verhalten von Menschen in inhaltlicher Beziehung. Beispiele: Verbot von Diebstahl, welches Gewerbe ist zu den „Handwerkern“ zu zählen,...

Formelles Recht = Verfahrensrecht - Möglichkeiten: Bestrafung bei Diebstahl (Strafprozess), Vorschriften zur Erlangung eines Führerscheines

### 4. Zwingendes Recht – nachgiebiges Recht

Ein zwingendes Recht kann von einem Beteiligten nicht verändert werden.

**Beispiel:** Man kann keine Ehe auf Zeit schließen oder sich bei der Eheschließung vertreten lassen.

Das nachgiebige Recht kann vom Berechtigten oder durch Vereinbarung geändert werden. **Nenne Beispiele dazu:**

**Gütergemeinschaften können zwischen Ehepartnern vereinbart werden, obwohl im Gesetz eine Gütertrennung vorgesehen ist; in einem Vertrag keine Verjährungsfrist festgelegt, dann gilt gesetzliche Frist**

### 5. Generelles Recht – individuelles Recht

Das generelle Recht richtet sich an einen abstrakten Personenkreis (z.B. alle Personen unter sieben Jahren, alle Erwerbstätigen,...), individuelles an einzelne konkrete Personen (für den Verurteilten,...).

### 6. Privates Recht – öffentliches Recht

Beim Privatrecht wird eine hoheitliche Macht (vom Staat) angewendet. Die Beteiligten sind gleichberechtigt. Beispiel: ein privater Unternehmer als Verkäufer,...

Das öffentliche Recht regelt die Rechtsbeziehungen (z.B. Abgabenrecht,...). Rechtsträger sind der Bund oder die Länder (z.B. Bundesverfassungsgesetz, Strafrecht,...)

„Hoheitliche Macht“ bedeutet aber nicht Willkür. In einem Rechtsstaat darf nur nach den Rechtsnormen vorgegangen werden (z.B. Organmandate,....)

Der Vollzug des öffentlichen Rechts liegt bei den Verwaltungsbehörden und Strafgerichten, der des Privatrechts bei den Zivilgerichten.

## 7. Staatliches Recht - internationales Recht

Das staatliche Recht gilt nur für einen bestimmten räumlichen oder persönlichen Bereich: das Gebiet des betroffenen Staates.

Das internationale Recht regelt die Verhältnisse von Staaten untereinander und von übernationalen Organisationen (z.B. UNO,....).

### Rechtssubjekte und Rechtsobjekte

**Rechtssubjekte** sind als Träger von Rechten und Pflichten rechtsfähig und heißen Personen.

**Es gibt zwei Arten von Personen:**

- a) **natürliche Personen:** sind in der österreichischen Rechtsordnung alle Menschen. Sie sind Träger von Rechten (Religionsfreiheit,...) und Pflichten (Pflicht, Schuld zu bezahlen,...)
- b) **juristische Personen:** die Republik Österreich, Aktiengesellschaft, Vereine,.... Die Rechtsordnung gesteht ihnen die Fähigkeit zu, Träger von Rechten und Pflichten zu sein.

**Rechtsobjekte** heißen Sachen. Sie haben keine Rechte und Pflichten.

## Erkennbarkeit des Rechts

Damit sich die Menschen an Gesetze halten können, müssen sie ihnen zugänglich sein. Aus diesem Grund erscheinen in **Österreich** laufend das Bundesgesetzblatt und die Landesgesetzblätter.

- 1) Das **Bundesgesetzblatt** wird vom Bundeskanzleramt herausgegeben und ist in drei Teile gegliedert.
- 2) Die **Landesgesetzblätter** enthalten Landes(verfassungs)gesetze und Verordnungen des Landeshauptmannes und der Landesregierung.

## Auslegung und Anwendung von Rechtsnormen

Um überhaupt den Rechtssatz anwenden zu können, muss geprüft werden, ob ein Sachverhalt vorliegt, der dem Tatbestand entspricht. Diese Überprüfung heißt **Subsumtion**.

**Fallbeispiel:** Was ist überhaupt Notwehr?

Antworten auf diese Frage ist durch Auslegung (**Interpretation**) zu geben.

Die **wichtigsten Auslegungsmethoden** sind:

- a) die sprachliche
- b) die geschichtliche
- c) die systematische - Frage nach dem Sinn
- d) die teleologische - Frage nach dem Zweck - Auslegung.

## Der Stufenaufbau der Rechtsordnung

Um eine Rechtsordnung bilden zu können, muss sie in einem sinnvollen inneren Zusammenhang stehen. Das kann nur dann erreicht werden, wenn sie in mehrere Stufen gegliedert ist.

## Die Grundlage für die Rechtsordnung ist die Verfassung.

Sie ordnet:

- ✓ die Gestalt des Staates (Regierungsform,...)
- ✓ das Verfahren der Rechtssetzung
- ✓ die Tätigkeit der obersten Organe
- ✓ die Grund- und Freiheitsrechte

Weiters gehören in Österreich dazu:

- Bundesverfassungsgesetz
- Landesverfassungen für die einzelnen Bundesländer
- sonstige Verfassungsgesetze und Verfassungsbestimmungen

## Grund- und Freiheitsrechte

In Österreich gilt noch heute das „**Staatsgrundgesetz vom 21.12.1867 über die allgemeinen Rechte der Bürger**“. In letzter (jüngerer) Zeit haben die Staaten neben der Aufgabe für Sicherheit und Ordnung zu sorgen auch den Wohlfahrts- und Fürsorgebereich übernommen. Hieraus entwickelte sich die Forderung nach positiv gestalteten „**sozialen Grundrechten**“. Die Erreichung dieser Rechte ist relativ schwierig, weil es oft nicht klar ist, wer dafür zuständig ist (z.B. Recht auf Arbeit - wer gibt einem Arbeitslosen Arbeit? - Wer ist dafür zuständig?)

Aus diesem Grund sind soziale Grundrechte in der österreichischen Bundesverfassung **nicht** niedergelegt.

Unterschiede bei den Grundrechten dürfen nur dann gemacht werden, wenn sie sachlich gerechtfertigt sind.

**Beispiel:** Unterscheidung zwischen Staatsbürgern und Nicht-Staatsbürgern.

## Grundrechte in Österreich

Die meisten Grundrechte können durch gesetzliche Regelung eingeschränkt werden.

Wir unterscheiden zwischen Menschen- und Bürgerrechten.

### 1. Menschenrechte

- a) Recht auf Leben
- b) Recht auf persönliche Freiheit
- c) Recht auf Freizügigkeit und des freien Aufenthalts

**Zähle weitere auf! Diskutiert in der Klasse über die einzelnen Rechte!**

---

---

---

---

---

---

---

---

### 2. Bürgerrechte

- a) die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz
- b) das Recht auf freie Einreise
- c) das Recht des freien Liegenschaftserwerb

**Welche Bürgerrechte kennst du noch?**

---

---

---

---

---

---

---

---

Musterseite

Gelten auch teilweise für EU-Bürger



## Grundrechte in Österreich

Die meisten Grundrechte können durch gesetzliche Regelung eingeschränkt werden.

Wir unterscheiden zwischen Menschen- und Bürgerrechten.

### 1. Menschenrechte

d) Recht auf Leben

e) Recht auf persönliche Freiheit

f) Recht auf Freizügigkeit und des freien Aufenthalts

**Zähle weitere auf! Diskutiert in der Klasse über die einzelnen Rechte!**

Hausrecht, Schutz der Privatsphäre, Petitionsrecht, **Recht** auf Unverletz-

lichkeit des Eigentums, Glaubens- und **Gewissensfreiheit**, **Recht** auf

Verfahren vor dem gesetzlichen Richter, **Freiheit** der Berufswahl, Daten-

schutz, Freiheit der Wissenschaft und des **Unterrichts**, Pressefreiheit,

**Recht** der Freiheit des künstlerischen Schaffens, der Vermittlung von Kunst

und deren Lehre, Vereins- und **Versammlungsrecht**

### 2. Bürgerrechte

d) die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz

e) das Recht auf freie Einreise

f) das Recht des freien Liegenschaftserwerb

**Welche Bürgerrechte kennst du noch?**

**Recht** auf Freiheit der Erwerbstätigkeit, **Recht** der freien Unterrichts-

erteilung, **Recht** auf Schutz vor Auslieferung und Ausweisung, **Recht** auf

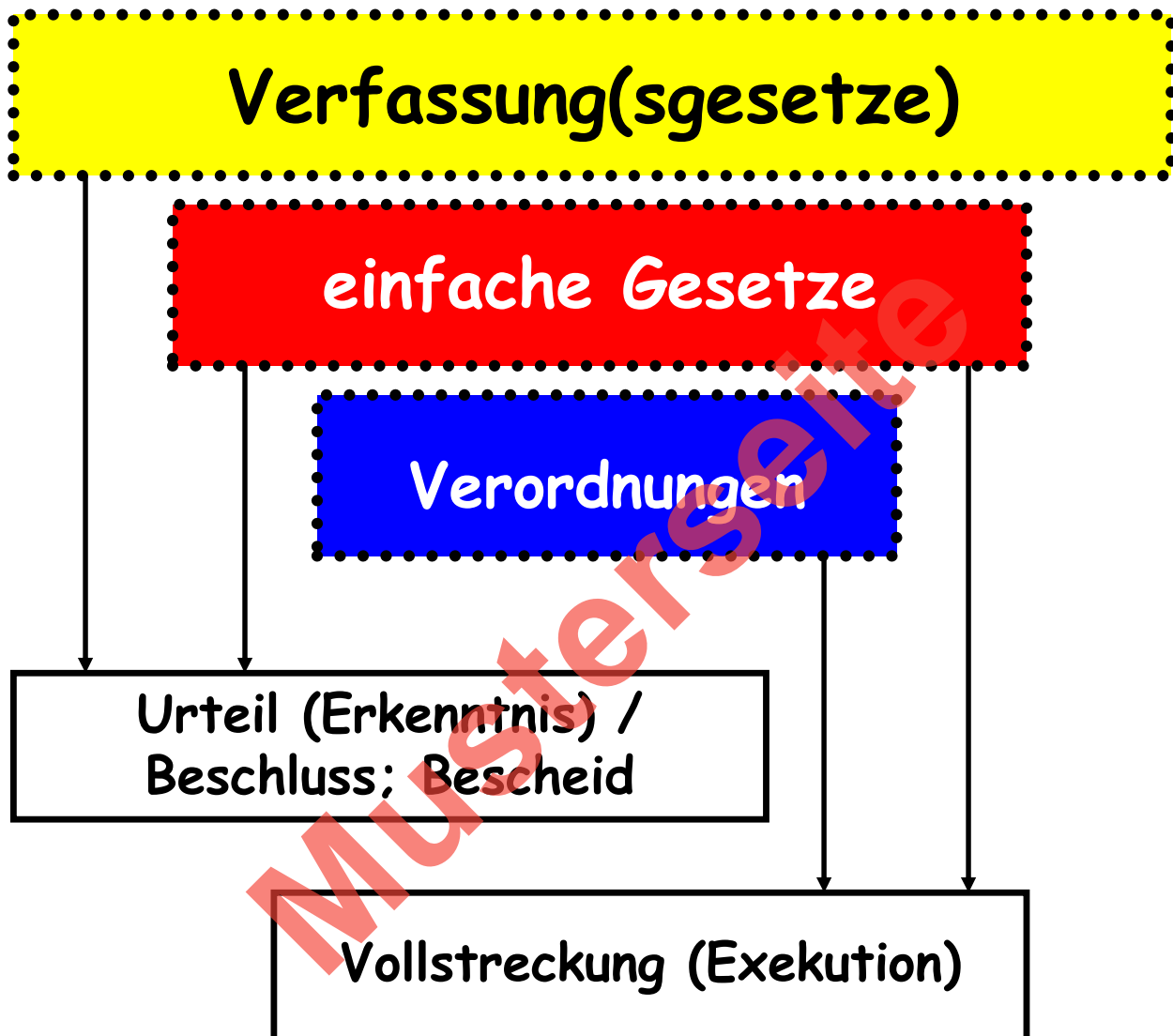
Befreiung von der Wehrpflicht, Schutz von Volksgruppen, Politische

**Grundrechte**, Grundrechtsschutz, **Recht** der gleichen Zugänglichkeit

**öffentlicher Ämter**



# Stufenaufbau der Rechtsordnung



 generelle Normen

Die niedrigere Norm muss jeweils durch die höhere gedeckt sein.

 individuelle Normen

Die Pfeile zeigen weitere übergreifende wichtige Formen der Einwirkung von höheren Normen auf niedrigere an.

# Grundrechte in Österreich



Grundrechte sind durch das Verfassungsrecht gewährleistete **subjektive Rechte**.

Nach dem **Personenkreis** gibt es ...

**BÜRGERRECHTE**

und

**MENSCHENRECHTE**

Sie werden nur Staatsbürgern eingeräumt.

Sie werden auch Fremden und Staatenlosen zugesprochen.

Nach dem Inhalt gibt es ...

## **LIBERALE GRUNDRECHTE**

Sie haben ihren Ursprung in den Freiheitsrechten des 19. Jahrhunderts.

## **DEMOKRATISCHE GRUNDRECHTE**

Sie gehen von der Gleichheit aller vor dem Gesetz aus.

## **SOZIALE GRUNDRECHTE**

Sie sind Leistungsansprüche des Einzelnen gegenüber dem Staat.

## Arbeitsblatt zum Thema „Grundlagen der Rechtsordnung“

Beantworte folgende Fragen!

1. Welche der genannten Normen gehören dem formellen, welche dem materiellen Recht an? – Setze in die Klammern f für formell und m für materiell!

die Zivilprozessordnung ( ), das Unternehmensgesetzbuch ( ), das Verwaltungsvollstreckungsgesetz ( ), die Straßenverkehrsordnung ( )

2. Versuche zu klären, ob die folgenden Beispiele in den Bereich des öffentlichen oder des Privatrechts gehören:

a) Kauf von Heizmaterial für ein Finanzamt b) Beschlagnahme von Suchtmitteln  
c) Entzug des Führerscheines d) Einberufung zum Bundesheer  
e) Vorschreibung einer Steuer

Öffentliches Recht:

Privatrecht:

3. Wodurch unterscheiden sich Menschen- und Bürgerrechte voneinander?

Menschenrechte:

Bürgerrechte:

4. Welche der angeführten Rechte sind Menschen- und welche Bürgerrechte?

a) Glaubensfreiheit b) Recht auf Befreiung von der Wehrpflicht c) freie Einreise in das Staatsgebiet d) Freiheit der Berufswahl e) passives Wahlrecht zum Bundespräsidenten

Menschenrechte:

Bürgerrechte:

5. Finde in den angeführten Beispielen die Rechtssubjekte heraus!

a) Marktgemeinde Lavant b) ein Fußballverein in der Tipp3-Liga, c) das Bundesland Tirol d) eine Zirkuskatze e) die 8. Klasse einer AHS f) die Handballmannschaft einer Bundesschule

Rechtssubjekte sind:

## Arbeitsblatt zum Thema „Grundlagen der Rechtsordnung“

Beantworte folgende Fragen!

1. Welche der genannten Normen gehören dem formellen, welche dem materiellen Recht an? – Setze in die Klammern f für formell und m für materiell!

die Zivilprozessordnung ( f ), das Unternehmensgesetzbuch ( m ), das Verwaltungsvollstreckungsgesetz ( f ), die Straßenverkehrsordnung ( m )

2. Versuche zu klären, ob die folgenden Beispiele in den Bereich des öffentlichen oder des Privatrechts gehören:

a) Kauf von Heizmaterial für ein Finanzamt b) Beschlagnahme von Suchtmitteln  
c) Entzug des Führerscheines d) Einberufung zum Bundesheer  
e) Vorschreibung einer Steuer

**Öffentliches Recht:** b, c, d, e

**Privatrecht:** a

3. Wodurch unterscheiden sich Menschen- und Bürgerrechte voneinander?

**Menschenrechte:** stehen allen Menschen, auch fremden und staatenlosen Personen zu.

**Bürgerrechte:** stehen nur den jeweiligen Staatsangehörigen und – wenigstens teilweise – diesen durch zwischenstaatliche Verträge gleichgestellten Personen (EU) zu.

4. Welche der angeführten Rechte sind Menschen- und welche Bürgerrechte?

a) Glaubensfreiheit b) Recht auf Befreiung von der Wehrpflicht c) freie Einreise in das Staatsgebiet d) Freiheit der Berufswahl e) passives Wahlrecht zum Bundespräsidenten

**Menschenrechte:** a, d

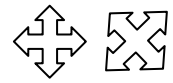
**Bürgerrechte:** b, c, e

5. Finde in den angeführten Beispielen die Rechtssubjekte heraus!

a) Marktgemeinde Lavant b) ein Fußballverein in der Tipp3-Liga, c) das Bundesland Tirol d) eine Zirkuskatze e) die 8. Klasse einer AHS f) die Handballmannschaft einer Bundesschule

**Rechtssubjekte sind:** a, b, c

Suche in **diesem Rätsel** alle möglichen Wörter, die mit dem **Begriff „Grundlagen der Rechtsordnung“** zu tun haben (ä = ae, äu = aeu, ß = ss, usw.)!

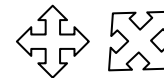


Finde und schreibe sie heraus (20)! Suche in alle Richtungen!

T	J	V	E	L	K	I	C	H	X	T	E	I	B	E	G	S	T	I	E	H	O	H	L	E
W	A	O	Z	F	J	S	Q	V	D	K	Z	O	Z	M	A	Q	T	J	X	G	S	R	C	G
Q	F	T	M	C	G	R	T	H	C	A	D	R	E	V	N	H	A	Z	S	A	X	P	J	Z
C	V	I	B	K	Q	W	I	G	M	U	R	X	K	Z	J	R	L	V	L	I	E	T	R	U
K	H	E	N	E	U	P	L	E	L	S	E	H	N	O	T	F	B	J	W	M	Z	O	K	B
I	F	B	O	W	S	X	F	A	X	P	D	Y	F	D	Q	G	Z	P	O	C	F	X	L	Z
S	A	C	R	V	I	T	R	U	T	A	R	D	T	L	A	H	T	N	E	F	U	A	R	W
T	M	Z	H	E	G	O	A	Y	K	U	E	G	S	W	Z	R	E	X	K	B	T	Q	Z	A
R	S	K	O	P	M	R	E	N	C	B	O	K	V	O	L	K	S	G	R	U	P	P	E	N
A	X	J	H	L	Q	D	H	K	D	W	H	X	J	Q	I	W	E	K	L	G	J	H	M	G
F	D	Q	E	R	W	N	Z	U	R	L	E	U	B	W	P	X	G	A	W	I	X	Z	P	S
P	I	N	I	G	F	I	A	L	O	Z	B	Q	C	G	E	L	S	C	Y	J	C	E	J	G
R	Q	A	T	Z	Q	Z	S	M	B	F	S	R	K	N	Z	K	E	H	Q	M	K	D	C	E
O	X	R	S	E	T	A	C	T	H	C	G	U	H	U	T	C	N	B	U	R	H	R	I	W
Z	Y	F	A	V	N	D	W	F	Q	M	N	Y	X	S	I	V	U	J	K	O	X	E	O	A
E	C	Z	K	K	M	R	L	Z	I	W	U	L	V	S	M	T	B	M	P	N	F	U	D	L
S	V	X	T	C	P	A	T	E	U	K	T	P	U	A	S	C	O	Y	A	S	T	W	G	T
S	H	I	B	Q	S	H	N	F	G	Y	L	E	J	F	Y	B	N	T	K	T	U	N	B	Y
B	O	U	M	J	L	A	U	S	C	H	A	N	G	R	I	F	F	Z	I	H	Q	E	M	P
N	F	T	I	Z	E	F	P	M	I	Y	W	K	I	E	V	N	D	Q	H	C	G	H	Z	E
H	B	N	Q	X	H	Y	K	F	T	V	R	E	C	V	H	M	E	R	F	E	V	C	H	N
V	E	R	O	R	D	N	U	N	G	D	E	P	L	Y	R	C	T	C	K	R	U	S	B	J
F	S	I	M	I	G	K	C	X	Y	S	V	X	Z	F	G	E	X	Y	G	Q	Z	N	Y	I
T	D	N	H	O	L	W	E	D	K	I	F	H	S	W	T	I	E	H	H	C	I	E	L	G
K	B	G	N	U	H	C	A	M	D	N	U	K	T	F	A	Q	T	L	A	X	Y	M	W	N




Suche in **diesem Rätsel** alle möglichen Wörter, die mit dem **Begriff** „Grundlagen der Rechtsordnung“ zu tun haben (ä = ae, äu = aeu, ß = ss, usw.)!



Finde und schreibe sie heraus (20)! Suche in alle Richtungen!

T	J	V	E	L	K	I	C	H	X	T	E	I	B	E	G	S	T	I	E	H	O	H	L	E
W	A	O	Z	F	J	S	Q	V	D	K	Z	O	Z	M	A	Q	T	J	X	G	S	R	C	G
Q	F	T	M	C	G	R	T	H	C	A	D	R	E	V	N	H	A	Z	S	A	X	P	J	Z
C	V	I	B	K	Q	W	I	G	M	U	R	X	K	Z	J	R	L	V	L	I	E	T	R	U
K	H	E	N	E	U	P	L	E	L	S	E	H	N	O	T	F	B	J	W	M	Z	O	K	B
I	F	B	O	W	S	X	F	A	X	P	D	Y	F	D	Q	G	Z	P	O	C	F	X	L	Z
S	A	C	R	V	I	T	R	U	T	A	R	D	T	L	A	H	T	N	E	F	U	A	R	W
T	M	Z	H	E	G	O	A	Y	K	U	E	G	S	W	Z	R	E	X	K	B	T	Q	Z	A
R	S	K	O	P	M	R	E	N	C	B	O	K	V	O	L	K	S	G	R	U	P	P	E	N
A	X	J	H	L	Q	D	H	K	D	W	H	X	J	Q	I	W	E	K	L	G	J	H	M	G
F	D	Q	E	R	W	N	Z	U	R	L	E	U	B	W	P	X	G	A	W	I	X	Z	P	S
P	I	N	I	G	F	I	A	L	O	Z	B	Q	C	G	E	L	S	C	Y	J	C	E	J	G
R	Q	A	T	Z	Q	Z	S	M	B	F	S	R	K	N	Z	K	E	H	Q	M	K	D	C	E
O	X	R	S	E	T	A	C	T	H	C	G	U	H	U	T	C	N	B	U	R	H	R	I	W
Z	Y	F	A	V	N	D	W	F	Q	M	N	Y	X	S	I	V	U	J	K	O	X	E	O	A
E	C	Z	K	K	M	R	L	Z	I	W	U	L	V	S	M	T	B	M	P	N	F	U	D	L
S	V	X	T	C	P	A	T	E	U	K	T	P	U	A	S	C	O	Y	A	S	T	W	G	T
S	H	I	B	Q	S	H	N	F	G	Y	L	E	J	F	Y	B	N	T	K	T	U	N	B	Y
B	O	U	M	J	L	A	U	S	C	H	A	N	G	R	I	F	F	Z	I	H	Q	E	M	P
N	F	T	I	Z	E	F	P	M	I	Y	W	K	I	E	V	N	D	Q	H	C	G	H	Z	E
H	B	N	Q	X	H	Y	K	F	T	V	R	E	C	V	H	M	E	R	F	E	V	C	H	N
V	E	R	O	R	D	N	U	N	G	D	E	P	L	Y	R	C	T	C	K	R	U	S	B	J
F	S	I	M	I	G	K	C	X	Y	S	V	X	Z	F	G	E	X	Y	G	Q	Z	N	Y	I
T	D	N	H	O	L	W	E	D	K	I	F	H	S	W	T	I	E	H	H	C	I	E	L	G
K	B	G	N	U	H	C	A	M	D	N	U	K	T	F	A	Q	T	L	A	X	Y	M	W	N

Verordnung	Urteil	Lauschangriff
Hoheitsgebiet	Verdacht	Volkgruppen
Gleichheit	Verfassung	Rechtsnorm
Strafprozess	Bundesgesetzblatt	Hoheitsakt
Moral	Sanktion	Zwangsgewalt
Tatbestand	Kundmachung	Menschenwürde
Aufenthalt	Verwaltungsbehörde	

## 1. Schlangenvörter

Finde in jedem Kasten ein Wort aus neun Buchstaben, das schlangenförmig zu lesen ist (Achte darauf: ä = ae, ü = ue, äu = aeu usw.)!

U	N	G
G	A	U
E	L	S

I	O	E
T	N	X
U	K	E

W	O	H
R	T	L
H	A	F

G	D	R
N	E	O
U	R	F

R	E	I
E	V	A
S	K	L

E	M	H
E	F	A
S	T	N

## 2. Rechtschreibverwirrung

Welche der jeweils fünf Alternativen ist richtig geschrieben?

systemmatisch	Interpretation	Annalogie	Peditionsrecht
sistematisch	Inderpretation	Analogi	Petitionsrecht
systematisch	Interbretation	Analogie	Petidionsrecht
siestematisch	Interpredation	Analogie	Petietionsrecht
Systematisch	Interpretadion	Analokie	Betitionsrecht

Privadsphäre	Authentisch	Supsumtion	Konvention
Privatsphere	authentisch	Subsummtion	Konnvention
Priwatsphäre	autentisch	Subsumdion	Konvention
Brivatsphäre	authendisch	Subsumtion	Konventieon
Privatsphäre	autenttisch	Supsummtion	Konvenntion

## 1. Schlangenwörter

Finde in jedem Kasten ein Wort aus neun Buchstaben, das schlangenförmig zu lesen ist (Achte darauf: ä = ae, ü = ue, äu = aeu usw.)!

U	N	G
G	A	U
E	L	S

Auslegung

I	O	E
T	N	X
U	K	E

Exekution

W	O	H
R	T	L
H	A	F

Wohlfahrt

G	D	R
N	E	O
U	R	F

Forderung

R	E	I
E	V	A
S	K	L

Sklaverei

E	M	H
E	F	A
S	T	N

Festnahme

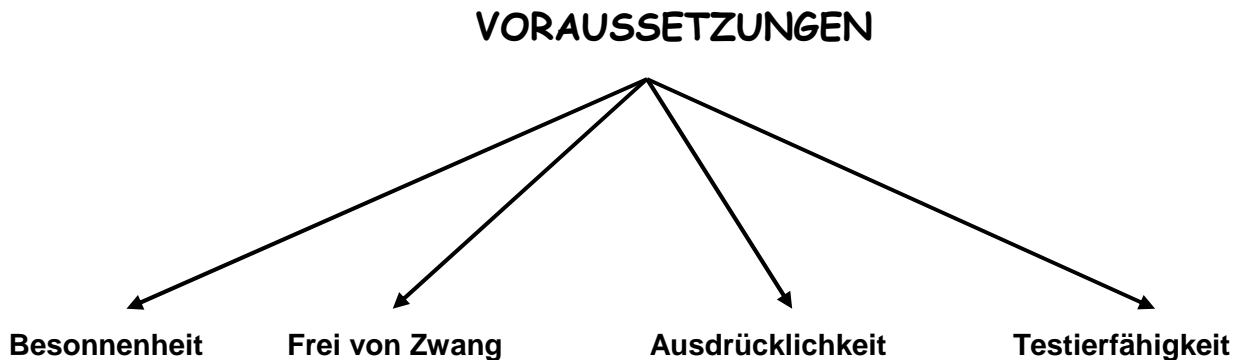
## 2. Rechtschreibverwirrung

Welche der jeweils fünf Alternativen ist richtig geschrieben?

systemmatisch	Interpretation	Annalogie	Peditionsrecht
sistematisch	Inderpretation	Analogi	Petitionsrecht
systematisch	Interbretation	Analogie	Petidionsrecht
siestematisch	Interpredation	Analogie	Petietionsrecht
Systematisch	Interpretadion	Analokie	Betitionsrecht

Privadsphäre	Authentisch	Supsumtion	Konwention
Privatsphere	authentisch	Subsummtion	Konnvention
Priwatsphäre	autentisch	Subsumdion	Konvention
Brivatsphäre	authendisch	Subsumtion	Konventieon
Privatsphäre	autentisch	Supsumtion	Konvenntion

## Letzwillige Erklärung (Testament)



## Testamentsformen

- a) **eigenhändiges Privattestament** - muss zur Gänze selbst geschrieben werden
- b) **nicht eigenhändiges Privattestament** - z.B. mit Schreibmaschine oder von fremder Hand geschrieben
- c) **letzte Anordnung** - mündlich oder schriftliche Anordnung vor zwei gleichzeitig anwesenden Zeugen
- d) **öffentliches Testament** - kann mündlich oder schriftlich vor einem Gericht oder beim Notar errichtet werden

## Gesetzliche Erbfolge

Die Erbfolge bei Verwandtschaft erfolgt **nach Linien** (Parentelen):

1. Linie: Nachkommen des Erblassers - eheliche und uneheliche Kinder, Enkel,...
2. Linie: Eltern des Erblassers und deren Nachkommen
3. Linie: Großeltern des Erblassers
4. Linie: Urgroßeltern des Erblassers

## Das Erbrecht des überlebenden Ehegatten

- a) Das **Vorausvermächtnis** - Bei aufrechter Ehe gebührt dem Ehegatten
- das Recht, weiter in der Ehewohnung zu wohnen und
  - die zur Fortführung des Haushalts erforderlichen beweglichen Sachen.
- b) Der **Anteil an der Erbschaft** selbst beträgt:
- $\frac{1}{3}$  neben Erben der 1. Linie
  - $\frac{2}{3}$  neben Eltern und Geschwistern des Erblassers oder neben Großeltern
  - $\frac{1}{1}$  in allen anderen Fällen

## Erbrecht von Wahlkindern

Wahlkinder sind gegenüber ihren Wahl Eltern leiblichen Kindern gleichgestellt.

## Fehlen von Erben

Sind keine Erben vorhanden, fällt die Erbschaft an den **Bund**.

## Das Pflichtteilsrecht (Noterbrecht)

Bestimmten Familienangehörigen muss ein **Mindestanteil** (Pflichtteil) von der Verlassenschaft zukommen, wenn sie nicht rechtmäßig enterbt worden sind.

**Es gilt:**

**Nachkommen** und **der Ehepartner** aus aufrechter Ehe müssen  $\frac{1}{2}$  ihres **gesetzlichen Erbteiles**, Eltern und Großeltern  $\frac{1}{3}$  ihres gesetzlichen Erbteiles als Pflichtteil erhalten, und zwar gleichgültig, ob durch Erbschaft, Vermächtnis oder anrechenbare Vorausleistung zu Lebzeiten des Erblassers.

## Enterbung

Vom **Pflichtteilsrecht** ausgeschlossen (enterbt) werden können:

- ❖ wer den Erblasser im Notstand hilflos gelassen hat;
- ❖ wer zu einer Freiheitsstrafe von 20 Jahren verurteilt wurde, und die Straffolgen noch nicht erloschen sind;
- ❖ ein Ehegatte, der seine Beistandspflicht gröblich vernachlässigt hat, etc.

## Die Verpflichtungen des Erben

Der Erbe ist verpflichtet, die **Lasten der Erbschaft** (Begräbniskosten, Nachlassschulden, Vermächtnisse, Erbschaftsteuer,...) zu tragen.

Verfügung über die Erbschaft wird durch ein außerstreitiges Gerichtsverfahren (**die Verlassenschaftsabhandlung**) beim Bezirksgericht erlangt.



# Berufungsgründe zur Erbschaft



## BERUFUNGSGRÜNDE



mögliche Erben



Ehegatten

jede Person

Blutsverwandte,  
Ehegatten, Wahlkinder,  
(Bund)

Beschränkung



höchstens  $\frac{3}{4}$  des  
reinen Vermögens;  
Pflichtteilsrechte

Pflichtteilsrechte

Form



Notariatsakt

schriftlich oder  
mündlich  
privat oder öffentlich

„Gesetzestext“

Widerruf

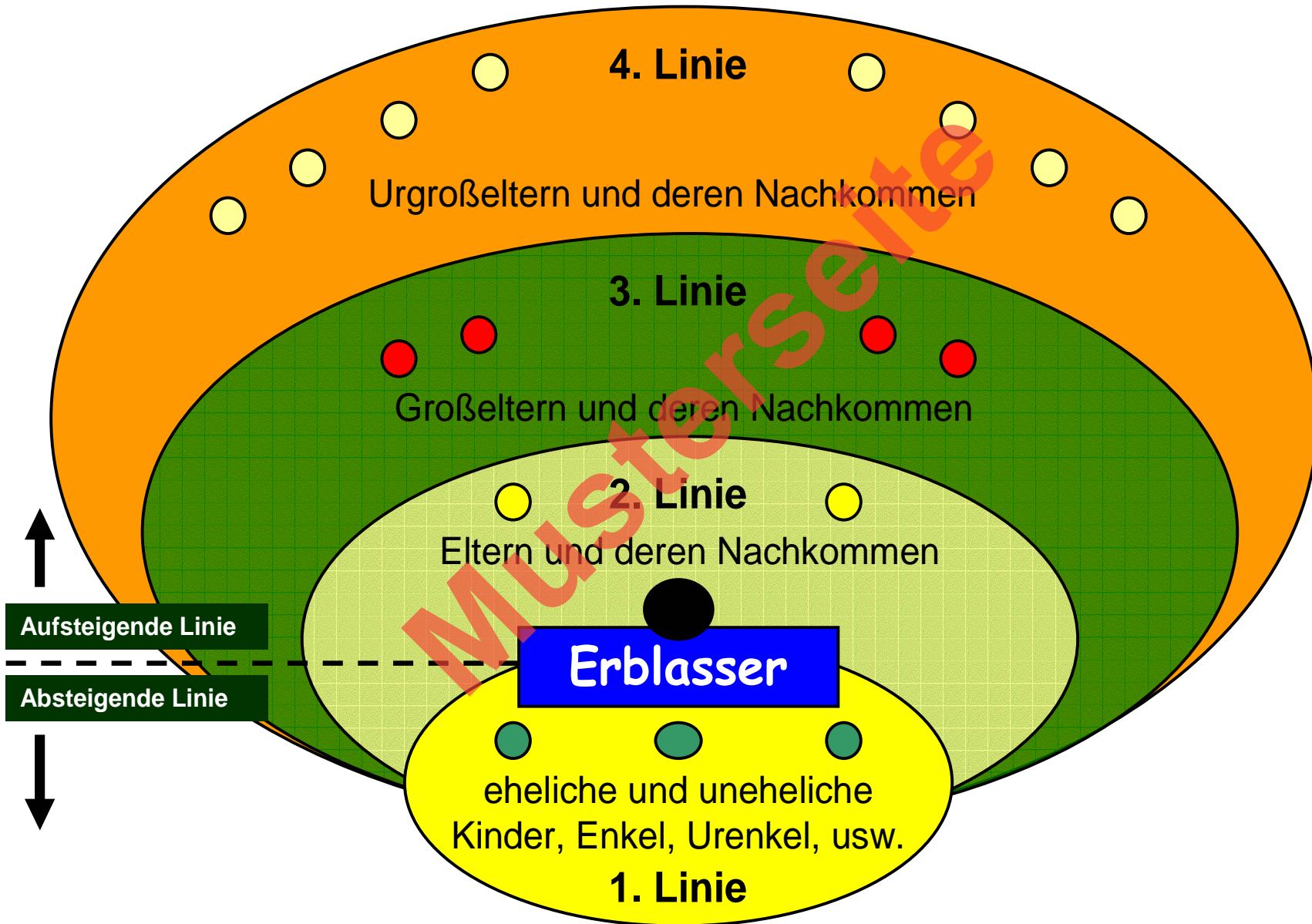


einvernehmlich  
durch Notariatsakt

willkürlich durch  
neues Testament

Berufungsgründe zur Erbschaft

# Gesetzliche Erbfolge - Parentelenordnung

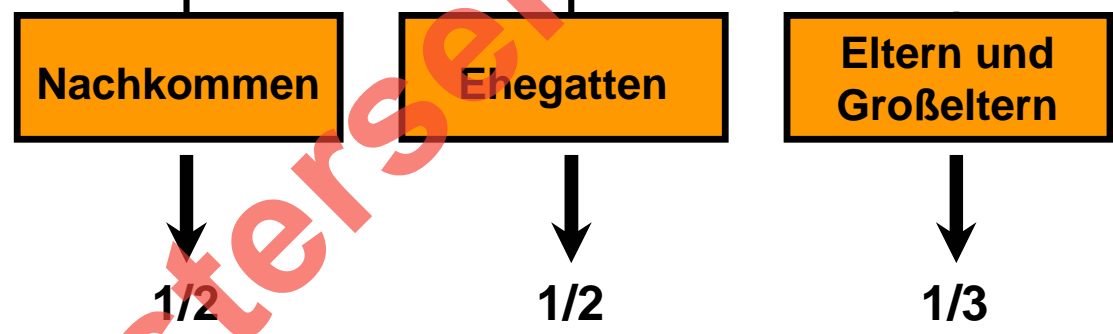


# Erbrecht – Pflichtteilsrecht



Bestimmten Familienangehörigen muss ein Pflichtteil der Verlassenschaft zukommen.

**Pflichtteilsrechte**  
des gesetzlichen Erbteiles



**Erbrecht – Ehegatten**

bei aufrechter Ehe:



neben Verwandten der 1. Linie

neben Verwandten der 2. Linie (nur Eltern)

neben Verwandten der 3. und 4. Linie

Pflichtanteile

## Arbeitsblatt zum Thema „Erbrecht“

Beantworte folgende Fragen!

1. Warum kann eine juristische Person nicht Erblasser sein?

---

---

---

2. Es werden zwei Testamente gefunden, die sich in allen Punkten widersprechen. Das eine ist vom 12. 3. 1998, das andere vom 15. 2. 2002. Welches gilt?

---

---

3. Jemand erklärt vor Zeugen, dass er zugunsten seines Bruders auf alle Erbansprüche gegenüber des gemeinsamen Onkels verzichtet. Als dieser ein Jahr später stirbt, verlangt er nun doch seinen gesetzlichen Erbteil. Was kann der Bruder dagegen unternehmen?

---

---

4. Eine gebrechliche alte Dame setzt ihre Hunde zu Universalerben ein. Wer ist als gesetzlicher Vertreter zu benennen?

---

---

---

5. Herr Braun vergisst sein Privattestament zu unterschreiben: Wie steht es mit der Gültigkeit?

---

---

6. Jemand erbt ein Vermögen von € 20.000,-, das aber mit Schulden von € 11.000,- belastet ist. Er hält es für sehr wahrscheinlich, dass vielleicht noch weitere Schulden (mehr als €20.000,-) zutage kommen werden. Was kann er tun? (2 Möglichkeiten)

---

---

## Arbeitsblatt zum Thema „Erbrecht“

Beantworte folgende Fragen!

**1. Warum kann eine juristische Person nicht Erblasser sein?**

Erblasser kann nur sein, wer versterben kann. Für eine juristische Person kommt nur eine Auflösung in Betracht, als deren Folge kein Erbgang, sondern eine Liquidation ihres Vermögens stattzufinden hat.

**2. Es werden zwei Testamente gefunden, die sich in allen Punkten widersprechen. Das eine ist vom 12. 3. 1998, das andere vom 15. 2. 2002. Welches gilt?**

Es gilt das Testament vom 15. 2. 2002, da ein späteres Testament ein früheres außer Kraft setzt.

**3. Jemand erklärt vor Zeugen, dass er zugunsten seines Bruders auf alle Erbansprüche gegenüber des gemeinsamen Onkels verzichtet. Als dieser ein Jahr später stirbt, verlangt er nun doch seinen gesetzlichen Erbteil. Was kann der Bruder dagegen unternehmen?**

Der Bruder kann dagegen nichts unternehmen, da ein Verzicht des Erbanteiles nur vor dem Notar oder Gericht möglich ist, nicht aber vor anwesenden Zeugen.

**4. Eine gebrechliche alte Dame setzt ihre Hunde zu Universalerben ein. Wer ist als gesetzlicher Vertreter zu benennen?**

Niemand kann als gesetzlicher Vertreter benannt werden, da Hunde nicht rechtsfähig, und daher nicht erbfähig sind. Die Erbschaft fällt an die gesetzlichen Erben.

**5. Herr Braun vergisst sein Privattestament zu unterschreiben: Wie steht es mit der Gültigkeit?**

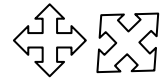
Das Testament von Herrn Braun ist vollkommen ungültig.

**6. Jemand erbt ein Vermögen von € 20.000,-, das aber mit Schulden von € 11.000,- belastet ist. Er hält es für sehr wahrscheinlich, dass vielleicht noch weitere Schulden (mehr als €20.000,-) zutage kommen werden. Was kann er tun? (2 Möglichkeiten)**

Er kann eine bedingte Erbserklärung abgeben. Er kann die Erbschaft aber auch ausschlagen.

Suche in **diesem Rätsel** alle möglichen Wörter, die mit dem **Begriff „Erbrecht“** zu tun haben (ä = ae, äu = aeu, ß = ss, usw.)!

Finde und schreibe sie heraus (20)! Suche in alle Richtungen!

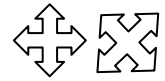


G	A	R	T	Q	Z	B	S	J	O	I	T	P	L	D	A	X	S	Y	R	K	O	S	L	G
W	B	E	I	S	T	A	N	D	S	P	F	L	I	C	H	T	Z	A	Q	B	G	I	E	A
Q	F	M	X	V	I	N	T	H	E	W	K	A	E	T	V	D	U	Y	T	I	X	N	G	B
C	A	B	U	C	S	G	K	C	G	A	F	Z	G	X	J	B	E	W	H	R	E	T	I	A
W	C	N	F	R	E	L	Z	T	K	R	U	Y	E	B	R	F	R	L	C	J	N	H	S	E
U	V	O	K	W	B	C	F	N	Q	P	N	C	N	U	Q	G	L	T	I	V	X	C	L	N
N	A	T	R	A	I	G	T	U	Z	E	T	S	S	R	G	F	O	K	Z	K	D	E	A	D
I	C	A	N	V	K	L	H	A	D	S	B	Y	C	M	H	E	B	H	R	F	T	A	Z	E
V	S	R	A	X	E	N	Q	L	X	N	A	F	H	B	O	A	N	L	E	H	C	M	L	R
E	X	K	H	U	G	R	U	N	C	W	J	Q	A	G	I	M	G	O	V	Z	Q	R	V	U
R	D	C	E	N	J	H	T	C	H	P	S	N	F	X	D	E	L	N	D	U	K	E	P	N
S	N	A	T	G	C	N	A	R	Q	Y	Z	S	T	C	T	H	C	I	Z	R	E	V	J	G
A	C	H	J	S	Q	I	U	N	A	F	E	T	K	W	E	R	U	T	Q	B	L	A	R	Q
L	X	Y	R	E	T	L	A	W	H	G	A	S	H	L	B	P	F	R	U	W	H	T	I	J
E	D	T	B	K	X	Y	K	U	I	N	T	D	A	X	L	U	I	Y	D	Q	E	Z	O	R
R	C	G	N	U	G	E	U	F	R	E	V	M	Z	T	R	A	G	M	E	A	R	N	D	G
B	V	N	S	B	P	A	Q	I	C	K	P	Y	L	R	W	Z	F	Q	A	V	W	E	K	N
E	H	U	Y	I	S	H	S	Z	D	Y	X	A	E	A	D	B	L	N	S	F	J	M	T	U
O	R	L	O	J	K	F	S	J	V	C	S	D	O	I	Q	W	G	V	A	Z	U	M	Z	B
K	A	D	I	N	G	L	A	E	U	B	I	G	E	R	P	N	D	J	N	T	O	O	V	R
H	B	N	M	E	O	X	L	D	T	W	U	H	A	G	U	M	E	F	F	B	V	K	H	E
I	E	A	R	S	L	E	H	T	L	Q	K	R	S	Y	Z	B	W	I	U	R	W	H	P	T
F	S	H	Q	I	G	K	C	R	U	S	T	X	C	I	G	A	T	H	G	X	Z	C	Y	N
T	K	B	Y	V	E	G	A	L	K	S	M	U	T	N	E	G	I	E	R	A	T	A	O	E
Z	C	A	F	O	H	D	N	H	C	I	Z	E	G	S	M	V	U	B	S	Q	F	N	K	V

Nachlass	Universalerbe	Nachkommen
Gläubiger	Vermächtnis	Widerruf
Enterbung	Vertrag	Zeugen
Anfall	Verzicht	Schulden
Liegenschaft	Besitz	Beistandspflicht
Eigentumsklage	Verfügung	Notar
Abänderung	Abhandlung	

Suche in **diesem Rätsel** alle möglichen Wörter, die mit dem **Begriff „Erbrecht“** zu tun haben (ä = ae, äu = aeu, ß = ss, usw.)!

Finde und schreibe sie heraus (20)! Suche in alle Richtungen!



G	A	R	T	Q	Z	B	S	J	O	I	T	P	L	D	A	X	S	Y	R	K	O	S	L	G
W	B	E	I	S	T	A	N	D	S	P	F	L	I	C	H	T	Z	A	Q	B	G	I	E	A
Q	F	M	X	V	I	N	T	H	E	W	K	A	E	T	V	D	U	Y	T	I	X	N	G	B
C	A	B	U	C	S	G	K	C	G	A	F	Z	G	X	J	B	E	W	H	R	E	T	I	A
W	C	N	F	R	E	L	Z	T	K	R	U	Y	E	B	R	F	R	L	C	J	N	H	S	E
U	V	O	K	W	B	C	F	N	Q	P	N	C	N	U	Q	G	L	T	I	V	X	C	L	N
N	A	T	R	A	I	G	T	U	Z	E	T	S	S	R	G	F	O	K	Z	K	D	E	A	D
I	C	A	N	V	K	L	H	A	D	S	B	Y	C	M	H	E	B	H	R	F	T	A	Z	E
V	S	R	A	X	E	N	Q	L	X	N	A	F	H	B	O	A	N	L	E	H	C	M	L	R
E	X	K	H	U	G	R	U	N	C	W	J	Q	A	G	I	M	G	O	V	Z	Q	R	V	U
R	D	C	E	N	J	H	T	C	H	P	S	N	F	X	D	E	L	N	D	U	K	E	P	N
S	N	A	T	G	C	N	A	R	Q	Y	Z	S	T	C	T	H	C	I	Z	R	E	V	J	G
A	C	H	J	S	Q	I	U	N	A	F	E	T	K	W	E	R	U	T	Q	B	L	A	R	Q
L	X	Y	R	E	T	L	A	W	H	G	A	S	H	L	B	P	F	R	U	W	H	T	I	J
E	D	T	B	K	X	Y	K	U	I	N	T	D	A	X	L	U	I	Y	D	Q	E	Z	O	R
R	C	G	N	U	G	E	U	F	R	E	V	M	Z	T	R	A	G	M	E	A	R	N	D	G
B	V	N	S	B	P	A	Q	I	C	K	P	Y	L	R	W	Z	F	Q	A	V	W	E	K	N
E	H	U	Y	I	S	H	S	Z	D	Y	X	A	E	A	D	B	L	N	S	F	J	M	T	U
O	R	L	O	J	K	F	S	J	V	C	S	D	O	I	Q	W	G	V	A	Z	U	M	Z	B
K	A	D	I	N	G	L	A	E	U	B	I	G	E	R	P	N	D	J	N	T	O	O	V	R
H	B	N	M	E	O	X	L	D	T	W	U	H	A	G	U	M	E	F	F	B	V	K	H	E
I	E	A	R	S	L	E	H	T	L	Q	K	R	S	Y	Z	B	W	I	U	R	W	H	P	T
F	S	H	Q	I	G	K	C	R	U	S	T	X	C	I	G	A	T	H	G	X	Z	C	Y	N
T	K	B	Y	V	E	G	A	L	K	S	M	U	T	N	E	G	I	E	R	A	T	A	O	E
Z	C	A	F	O	H	D	N	H	C	I	Z	E	G	S	M	V	U	B	S	Q	F	N	K	V

Nachlass	Universalerbe	Nachkommen
Gläubiger	Vermächtnis	Widerruf
Enterbung	Vertrag	Zeugen
Anfall	Verzicht	Schulden
Liegenschaft	Besitz	Beistandspflicht
Eigentumsklage	Verfügung	Notar
Abänderung	Abhandlung	



## Der Einzelunternehmer

Ein **Vorteil** ist die völlige Handlungsfreiheit des Unternehmers. **Nachteile** sind: Eigenkapital alleine von der jeweiligen Person abhängig, Fremdfinanzierung nur im beschränkten Umfang möglich, durch die Bindung an nur eine Person kann es bei Krankheit oder Tod des Unternehmers zu einer Gefährdung des wirtschaftlichen Bestandes kommen.

## Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GesbR)

Durch einen **losen Zusammenhang** soll ein **gemeinsames Ziel** erreicht werden. Zwei oder mehrere Personen kommen überein, zum **gemeinsamen Nutzen**, zur Erreichung eines angestrebten Ziels, Leistungen bzw. Sachen (Geld, Güter,...) einzusetzen.

Alle Gesellschafter **haften unbeschränkt** (d.h. auch mit ihrem Privatvermögen) und **solidarisch** (d.h. für die gesamten Schulden der Gesellschaft).

## Die Offene Gesellschaft (OG)

**Kennzeichen** sind:

- ❖ zwei oder mehr Gesellschafter
- ❖ diese haften **unbeschränkt** und solidarisch
- ❖ Alle Gesellschafter sind zur Mitarbeit verpflichtet und berechtigt. Im Gesellschaftsvertrag kann aber natürlich etwas Abweichendes vereinbart werden.
- ❖ Ein Gesellschafterwechsel ist ohne Zustimmung der übrigen Gesellschafter ausgeschlossen.
- ❖ Alle Gesellschafter sind zur Geschäftsführung berufen.

Eine OG kann zu **jedem erlaubten Zweck** gegründet werden. Wenn ein Gesellschafter stirbt, wird in der Regel die OG aufgelöst, es sei denn, im Vertrag wurde eine Fortführung vereinbart.

### Vorteile der OG

- volle Kontrollmöglichkeit aller Gesellschafter
- erweiterte Finanzierungsmöglichkeiten durch den vergrößerten Haftungsfonds
- Arbeitsteilung möglich

### Nachteile der OG

- unbeschränkte, solidarische Haftung (bis fünf Jahre nach dem Ausscheiden für alle Schulden)
- enge Bindung der Gesellschafter an die Gesellschaft

### Die Kommanditgesellschaft (KG)

Die KG ist eine Personengesellschaft, bei der **ein Teil** der Gesellschafter (= Kommanditisten) nur *beschränkt* und **der andere Teil** der Gesellschafter (= Komplementäre) *unbeschränkt* haftet.

Sie entsteht immer mit der Eintragung im Firmenbuch. Das Gesellschaftsvermögen steht **den** Gesellschaftern (auch den Kommanditisten) **ungeteilt** und nicht nur anteilmäßig zu. Ein neuer Gesellschafter kann nur mit der Zustimmung aller anderen erfolgen.

Komplementäre	Kommanditisten
(mindestens einer) - wie bei OG	(mindestens einer) - haften nur mit ihrer Einlage - beschränkte Kontrollrechte - keine Mitarbeitspflicht - kann freiwillig ausscheiden (Kündigung)

## Vorteile der KG

- Verbreiterung der Eigenkapitalbasis für den Komplementär
- Beteiligung ohne Pflicht und Beschränkung der Haftung für den Kommanditisten

## Nachteile der KG

- enge Bindung an die Gesellschaft, unbeschränkte, persönliche und solidarische Haftung für den Komplementär
- beschränkte Kontrollmöglichkeiten für den Kommanditisten

KG entstehen oft als **Familiengesellschaften**. In der Regel sollen nicht alle Familienmitglieder voll haften bzw. mitarbeiten oder mitbestimmen.

## Die Stille Gesellschaft

Die Stille Gesellschaft hat wie die GesbR keine Rechtspersönlichkeit. Sie hat **keine Firma** und wird **nicht in das Firmenbuch** eingetragen.

Man unterscheidet die typische und atypische stille Gesellschaft:

- ❖ Die **typische Gesellschaft** begründet eine bloße Beteiligung an der Gesellschaft des Geschäftsführers ohne Geschäftsführungsbefugnis.
- ❖ Die **atypische Gesellschaft** zeigt eine erweiterte Beteiligung am Unternehmen.

## Vorteile der stillen Gesellschaft

- Beteiligung ohne Pflicht zur Mitarbeit
- Beschränkung der Haftung
- Möglichkeit der Geheimhaltung gegenüber Dritten

## Nachteil der stillen Gesellschaft

- geringe Kontrollmöglichkeit

## Die Aktiengesellschaft (AG)

Die AG hat eigene Rechtspersönlichkeit (eine juristische Person). Die Aktionäre können sowohl natürliche als auch juristische Personen sein.

### Vorteile der AG

- Durch die Beteiligung vieler Aktionäre können große Eigenkapitalsummen durch eine relativ große Anzahl kleiner Beträge aufgebracht werden.
- Haftung ist für den betroffenen Aktionär auf die Beteiligungssumme begrenzt.
- Aktie ist jederzeit übertragbar (außer Namensaktien), die Aktionäre scheinen nicht im Firmenbuch auf.

### Nachteile der AG

- praktisch keine Bindung zwischen Aktionären und der Unternehmensleitung
- häufig unterschiedliche Interessen von Aktionären und Geschäftsleitung (z.B. hohe Gewinnausschüttung - Stärkung der finanziellen Mittel durch Einbehaltung der Gewinne)
- Kontrollrechte sind stark eingeschränkt

## Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

ist eine Gesellschaft mit **eigener Rechtspersönlichkeit** und haftet nur mit ihrem Gesellschaftsvermögen für ihre Verbindlichkeiten. Sie entsteht **als juristische Person** durch Eintragung in das Firmenbuch. Die Errichtung bedarf eines Gesellschaftsvertrages in **notariell beurkundeter Form**.

Die Gesellschafter (mindestens zwei) sind mit ihren Stammeinlagen beteiligt.

## Vorteile der GmbH

- Die Haftung ist beschränkt.
- Die Generalversammlung hat ein Weisungsrecht gegenüber der Geschäftsführung.

## Nachteile der GmbH

- Die Kreditfähigkeit ist geringer als bei der AG.
- Die Gesellschafter scheinen namentlich im Firmenbuch auf.

## Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft

Die Genossenschaft ist eine Körperschaft mit Rechtspersönlichkeit (juristische Person), die mit der Eintragung im Firmenbuch entsteht. Sie ist **Unternehmer kraft Rechtsform**.

Da es bei einer Genossenschaft zumeist Mitgliederwechsel gibt, hat sie kein fest bestimmbares Kapital.

## Formen

- a) Genossenschaften mit **unbeschränkter** Haftung der Mitglieder (Alle haften mit ihrem gesamten Privatvermögen.)
- b) Genossenschaften mit **beschränkter** Haftung der Mitglieder (Hier haften die Mitglieder nur mit ihrem Geschäftsanteil und einem durch die Satzung bestimmten Betrag.)
- c) Genossenschaften mit **Geschäftsanteilhaftung** der Mitglieder (Die Haftung ist auf den jeweiligen Geschäftsanteil beschränkt.)

**Öffentlich-rechtliche Genossenschaften** (z.B. Wassergenossenschaften) unterliegen eigenen gesonderten Regelungen.

Je nach der Art der Förderung der Mitglieder unterscheidet man

- ❖ Verkaufsgenossenschaften
- ❖ Einkaufsgenossenschaften
- ❖ Produktionsgenossenschaften
- ❖ Nutzungsgenossenschaften
- ❖ Kreditgenossenschaften
- ❖ Bau- und Siedlungsgenossenschaften

Die Zielsetzung weicht von den anderen Gesellschaften grundsätzlich ab. Die Tätigkeit ist **nicht auf Gewinn** ausgerichtet, sondern auf die **Förderung ihrer Mitglieder**. Aus diesem Grund leitet sich eine Doppelstellung der Mitglieder ab. Einerseits sind sie „Unternehmer“ und andererseits ihre eigenen Kunden.

**Sonderformen** (Mischformen aus Kapital- und Personengesellschaften)

**Die GmbH & Co KG**

Sie ist eine **Kommanditgesellschaft**, bei welcher der Komplementär eine GmbH (juristische Person) ist, die Kommanditisten natürliche Personen sind.

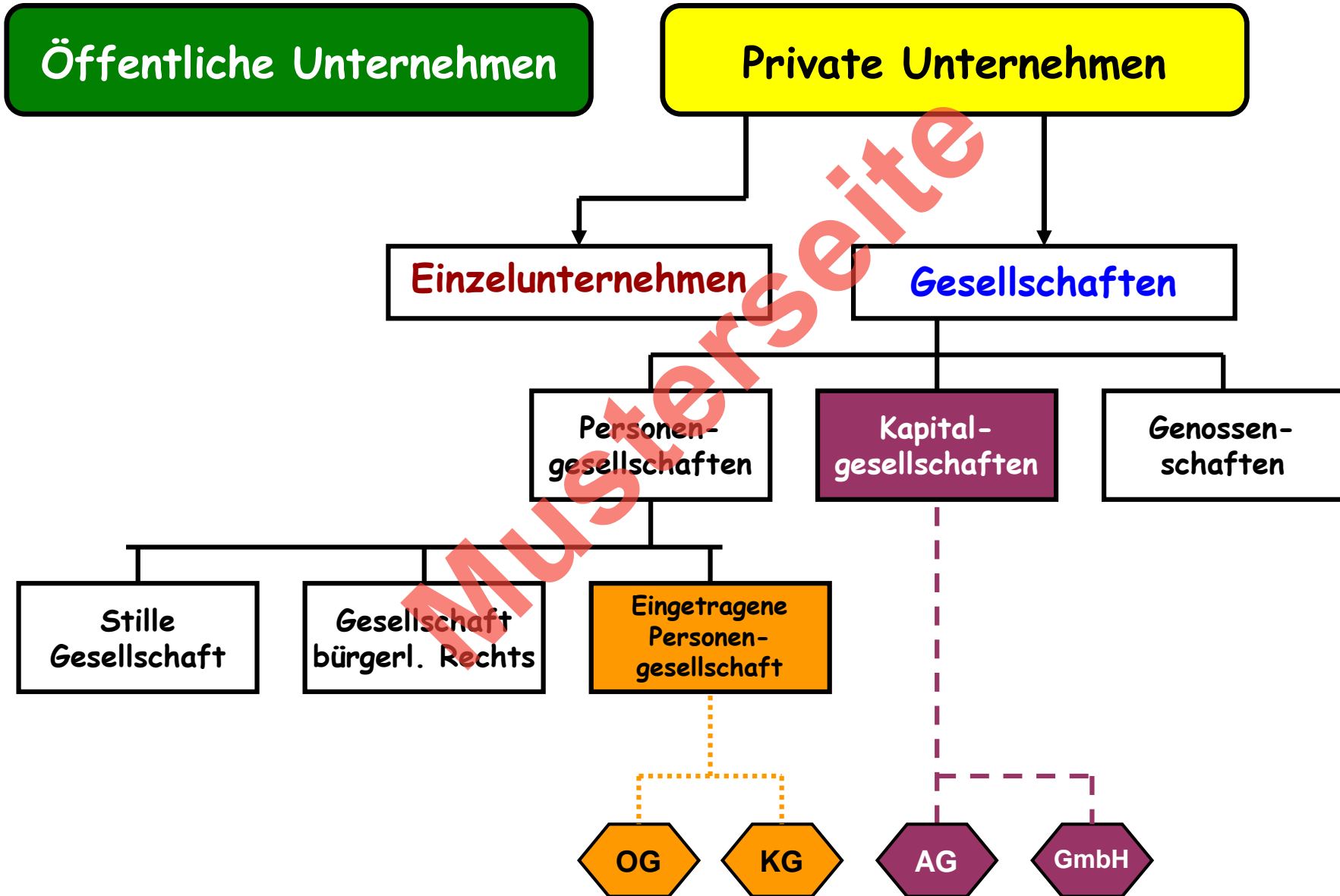
**Zweck der GmbH & Co KG**

Der Nachteil der KG, nämlich die unbeschränkte persönliche Haftung des Komplementärs, wird ausgeschaltet. Komplementär ist die GmbH, die nur bis zur Höhe des Stammkapitals haften kann. Gleichzeitig werden die Vorteile einer Personengesellschaft beibehalten.

**AG & Co KG**

Sie ist genauso aufgebaut wie die GmbH & Co KG. Die Komplementäre sind jedoch eine AG.

# Rechtsformen der Unternehmung





# Übersicht über die wichtigsten Merkmale der Gesellschaftsunternehmungen

	Offene Gesellschaft (OG)	Kommandit-Gesellschaft (KG)	Stille Gesellschaft	Aktien-gesellschaft (AG)	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GesbR)	Genossen-schaft
<b>Art</b>	Personen-gesellschaft	Personen-gesellschaft	Unvollkommene Gesellschaft	Kapital-gesellschaft	Kapitalgesellschaft	Unvollkommene Gesellschaft	Wirtschaftliche Vereinigung
<b>Firma</b>	Personen-, Sach- oder Phantasiefirma mit dem Zusatz OG bzw. bei freien Berufen „Partnerschaft“ oder „und Partner“	Personen-, Sach- oder Phantasiefirma mit dem Zusatz KG bzw. bei freien Berufen „Kommandit-partnerschaft“	Gesellschafts-verhältnis kommt in der Firma (des Geschäfts-inhabers) nicht zum Ausdruck.	Personen-, Sach- oder Phantasiefirma mit dem Zusatz AG	Personen-, Sach- oder Phantasiefirma mit dem Zusatz GmbH	keine Firma	Personen-, Sach- oder Phantasiefirma mit dem Zusatz Genossenschaft bzw. Gen.
<b>Haftung</b>	Alle Gesellschafter sind Vollhafter (sie haften persönlich und unbeschränkt als Gesamtschuldner).	Die Vollhafter (Komplementäre) haften wie die Gesellschafter einer OG; die Teilhafter (Kommanditisten) nur mit der Einlage.	Der stille Gesellschafter haftet Dritten gegenüber nicht; jedoch Verlustmöglichkeit bis zum Betrag der Einlage.	Jeder Aktionär haftet mit dem Betrag seiner Aktien. Die Gesellschaft als juristische Person haftet unbeschränkt.	Jeder Gesellschafter haftet mit dem Betrag seiner Stammeinlage. Die Gesellschaft als juristische Person haftet unbeschränkt.	Die Gesellschafter haften wie bei der OG.	Die Mitglieder haften unbeschränkt, beschränkt oder mit ihrem Geschäftsanteil.
<b>Geschäfts-führung</b>	Jeder Gesellschafter ist zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.	Jeder Komplementär ist zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet (Kommanditisten nicht).	Der stille Gesellschafter hat keinen Einfluss auf die Geschäftsführung.	Die Geschäftsführung erfolgt durch den Vorstand (Überwachung durch den Aufsichtsrat).	Die Geschäftsführung erfolgt durch einen oder mehrere Geschäftsführer (Überwachung möglich).	Die Geschäftsführung erfolgt durch den Gerenten.	Die Geschäftsführung erfolgt durch den Vorstand (Überwachung möglich).

## Arbeitsblatt zum Thema „Unternehmensrecht“

Beantworte folgende Fragen!

1. Welche Arten des Unternehmenserwerbs gibt es?

---

---

---

2. Welchen Zweck hat das Firmenbuch, und woraus besteht es?

---

---

3. Was ist die Firma?

---

---

4. Was sind die Unterschiede zwischen Prokura und Handlungsvollmacht?

---

---

---

---

---

---

---

---

5. Welcher Unterschied besteht zwischen einem Kommanditisten und einem stillen Gesellschafter?

---

---

6. Wie ist eine GmbH & Co KG aufgebaut, und welche Vorteile hat sie?

---

---

---

## Arbeitsblatt zum Thema „Unternehmensrecht“

Beantworte folgende Fragen!

**1. Welche Arten des Unternehmenserwerbs gibt es?**

Ein Unternehmen kann auf mehrere Arten erworben werden. Es kann z.B. gekauft werden, es können die Anteile an einer Gesellschaft erworben werden, es kann geerbt oder im Zuge einer Verschmelzung, Umwandlung oder Spaltung erworben werden.

**2. Welchen Zweck hat das Firmenbuch, und woraus besteht es?**

Es dient der Offenlegung unternehmensrechtlich relevanter Umstände. Es besteht aus dem Hauptbuch und der Urkundensammlung.

**3. Was ist die Firma?**

Die Firma ist der Name des im Firmenbuch eingetragenen Unternehmens (§ 17 UGB).

**4. Was sind die Unterschiede zwischen Prokura und Handlungsvollmacht?**

Prokura kann nur der im Firmenbuch eingetragene Unternehmer erteilen, Handlungsvollmacht alle Unternehmer. Prokura muss ausdrücklich sein, die Handlungsvollmacht kann auch durch konkludente Erklärung erteilt werden. Die Prokura ist im Firmenbuch einzutragen, die Handlungsvollmacht nicht. Die Prokura ist Dritten gegenüber nicht beschränkbar, die Handlungsvollmacht schon.

**5. Welcher Unterschied besteht zwischen einem Kommanditisten und einem stillen Gesellschafter?**

Der Kommanditist kann zur Nachschussleistung bis zur Höhe seiner bisher geleisteten Einlage verpflichtet werden, der stille Gesellschafter nicht.

**6. Wie ist eine GmbH & Co KG aufgebaut, und welche Vorteile hat sie?**

Wie eine KG mit einer GmbH als einzigem Komplementär, so dass die Haftung des Komplementärs damit auf das Gesellschaftsvermögen der GmbH beschränkt wird.

# Die Justiz - Dritte Kraft im Staat

## Die Gerichtsbarkeit

Die **Gerichtsbarkeit ist Bundessache**. Die Rechtssprechung erfolgt durch unabhängige (das heißt unabsetzbare) Richter. Die Gerichtsverfahren finden grundsätzlich öffentlich statt, um eine Kontrolle durch das ganze Volk zu ermöglichen (Ausnahme: Im Strafprozess kann die Öffentlichkeit zum Schutz des Angeklagten ausgeschlossen werden).

## Strafgerichte und Zivilgerichte

Strafgerichte und Zivilgerichte sind ordentliche Gerichte.

**Strafprozesse** vor dem Strafgericht behandeln Verstöße gegen das Gesetz (Diebstahl, Raub, Betrug, Körperverletzung usw.). Der Staatsanwalt klagt an „Im Namen der Republik“.

**Zivilprozesse** vor dem Zivilgericht behandeln Rechtsstreitigkeiten zwischen zwei oder mehreren Personen (Scheidungen, Erbstreitigkeiten, Ehrenbeleidigung usw.).

Im **Außerstreitverfahren** stellt das Zivilgericht über Antrag einer Partei bestimmte Rechtszustände fest (Erbchafts-, Vormundschafts- und Grundbuchangelegenheiten, Beglaubigung von Abschriften, Todeserklärung usw.).

## Ordentliche Gerichte

Ordentliche Gerichte führen Straf- und Zivilprozesse durch. Gegen das Urteil kann Berufung beim nächsthöheren Gericht eingelegt werden (Instanzenweg).

Die **Bezirksgerichte (141)** als erste Instanz urteilen bei Übertretungen und entscheiden bei Streitigkeiten von geringem Wert (derzeit bis zu einem Streitwert von € 10.000,-).

Die **Landesgerichte (20)** - Gerichtshöfe erster Instanz urteilen als erste Instanz über Ehesachen, Handelssachen, Vergehen, schwere Verbrechen und große Streitigkeiten.

Die vier **Oberlandesgerichte** (Wien, Linz, Graz und Innsbruck) sind Berufungsgerichte.

Die Entscheidung des **Obersten Gerichtshof** in Wien ist endgültig.

### **Außerordentliche Gerichte (Sondergerichte)**

Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof sind außerordentliche Gerichte.

Der **Verfassungsgerichtshof** (VfGH) entscheidet bei

- ❖ Beschwerden wegen Verletzung von Grundrechten (z.B. Festnahme, Enteignung),
- ❖ Ministerklage,
- ❖ Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern, zwischen Behörden, Gerichten usw.,
- ❖ Prüfung von Gesetzen, Staatsverträgen, Verordnungen, Wahlen.

Der **Verwaltungsgerichtshof** (VwGH) übt die rechtliche Kontrolle der Verwaltung des Bundes, der Länder und Gemeinden aus. Jeder Österreicher und jede Österreicherin kann sich mit Hilfe eines Rechtsanwaltes an den VwGH wenden:

- ❖ gegen den Bescheid einer Behörde (z.B. Ablehnung einer Konzession),
- ❖ wegen Säumnis einer Behörde (z.B. wenn über ein Ansuchen nicht termingerecht entschieden wird),
- ❖ gegen eine Verwaltungsmaßnahme (z.B. Abnahme der Nummerntafel).

Zu den außerordentlichen Gerichten zählen auch noch Arbeits- und Sozialgerichte und Handelsgerichte.

## Die Jugendgerichtsbarkeit

**Jugendliche** (= Personen vom 15. bis zum vollendeten 18. Lebensjahr) und **junge Erwachsene** (vom 19. bis zum vollendeten 21. Lebensjahr) unterstehen den Jugendgerichten. Jugendliche verbüßen Strafen in Jugendstrafvollzugsanstalten.

**Andere Möglichkeiten** des Strafvollzugs sind zum Beispiel die Einweisung in ein Heim, die Geldbuße, die Wiedergutmachung am Opfer und die Sozialarbeit.

Bei bedingter Verurteilung (Aufschub des Strafvollzugs auf ein bis drei Jahre, dann Erlass der Strafe, falls keine neuen Delikte vorliegen) oder nach Verbüßung einer Strafe werden den Jugendlichen **Bewährungshelfer** zur Seite gestellt. Sie überwachen die weitere Lebensführung und helfen in allen praktischen Lebenslagen.

## Staatsanwalt, Rechtsanwalt, Notar

Der Staatsanwalt ist öffentlicher Ankläger bei Strafgerichtsbarkeit.

Der Rechtsanwalt berät und vertritt eine Partei vor dem Zivilgericht und dem Strafgericht (=Verteidiger; Pflichtverteidiger = vom Staat zugeteilter Verteidiger bei Mittellosigkeit des Angeklagten).

Notare beurkunden Rechtsgeschäfte (z.B. Kaufverträge über ein Grundstück, Mietverträge), beglaubigen Abschriften, Unterschriften, Urkunden.

## Volksanwaltschaft

Die **österreichische Bundesverfassung** überträgt der Volksanwaltschaft die Aufgabe, behauptete oder vermutete Missstände in der Verwaltung zu prüfen.

Die Prüfung bezieht sich auf die gesamte öffentliche Verwaltung, also den Vollzug der Gesetze durch alle Behörden, Ämter und Dienststellen. Erfasst wird die Verwaltung des Bundes.

Sieben der neun Bundesländer haben die Volksanwaltschaft auch dazu berufen, die Verwaltung des Landes und der Gemeinden zu kontrollieren. Tirol und Vorarlberg haben für diese Bereiche eigene Landesvolksanwälte geschaffen.

Die Volksanwaltschaft kann allerdings die Mängel nicht selbst abstellen, sondern nur den obersten Verwaltungsorganen Empfehlungen abgeben.

### Wiederholungsfragen:

1. Welche Gerichte zählen zu den ordentlichen, welche zu den außerordentlichen?
2. Was ist eine Berufung?
3. Welcher Gerichtsbarkeit unterliegen Jugendliche?
4. Was versteht man unter einer Volksanwaltschaft?
5. Welche Arten von Prozessen gibt es?
6. Was versteht man unter einer bedingten Verurteilung?
7. Sind alle Gerichtsverhandlungen öffentlich?
8. Welches Gericht hat die letzte Entscheidungskraft bei Urteilsverkündigungen?

# DIE JUSTIZ



verurteilt  
Straftäter

entscheidet bei  
Streitigkeiten  
zwischen  
Staatsbürgern,  
entscheidet bei  
Streitigkeiten  
zwischen Staat  
und Bürger

schützt vor  
Übergriffen der  
vollziehenden  
Gewalt

wacht über die  
Verfassung

**STRAFGERICHTE**

**ZIVILGERICHTE**

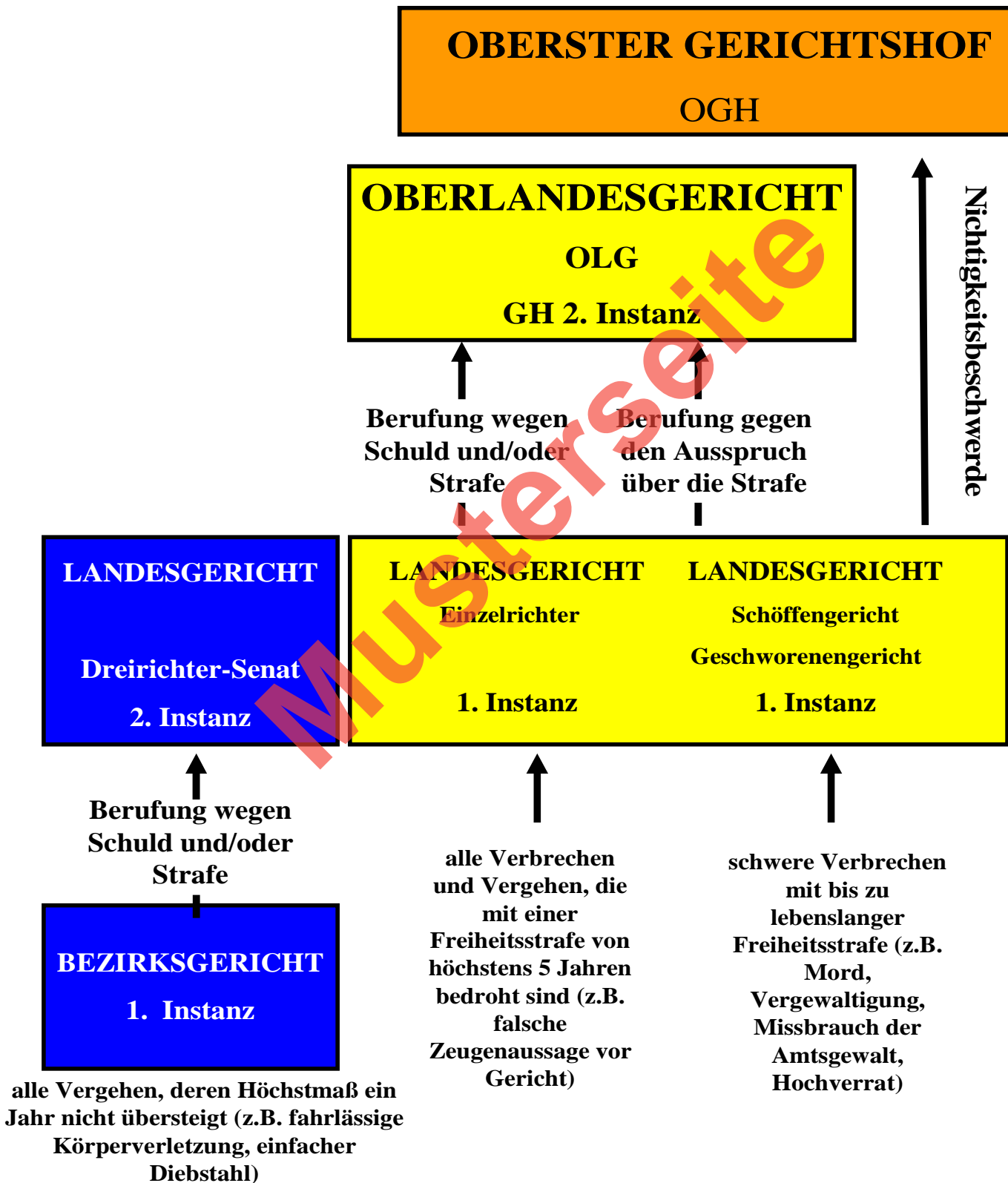
**VERWALTUNGS-  
GERICHTSHOF**

**VERFASSUNGS-  
GERICHTSHOF**



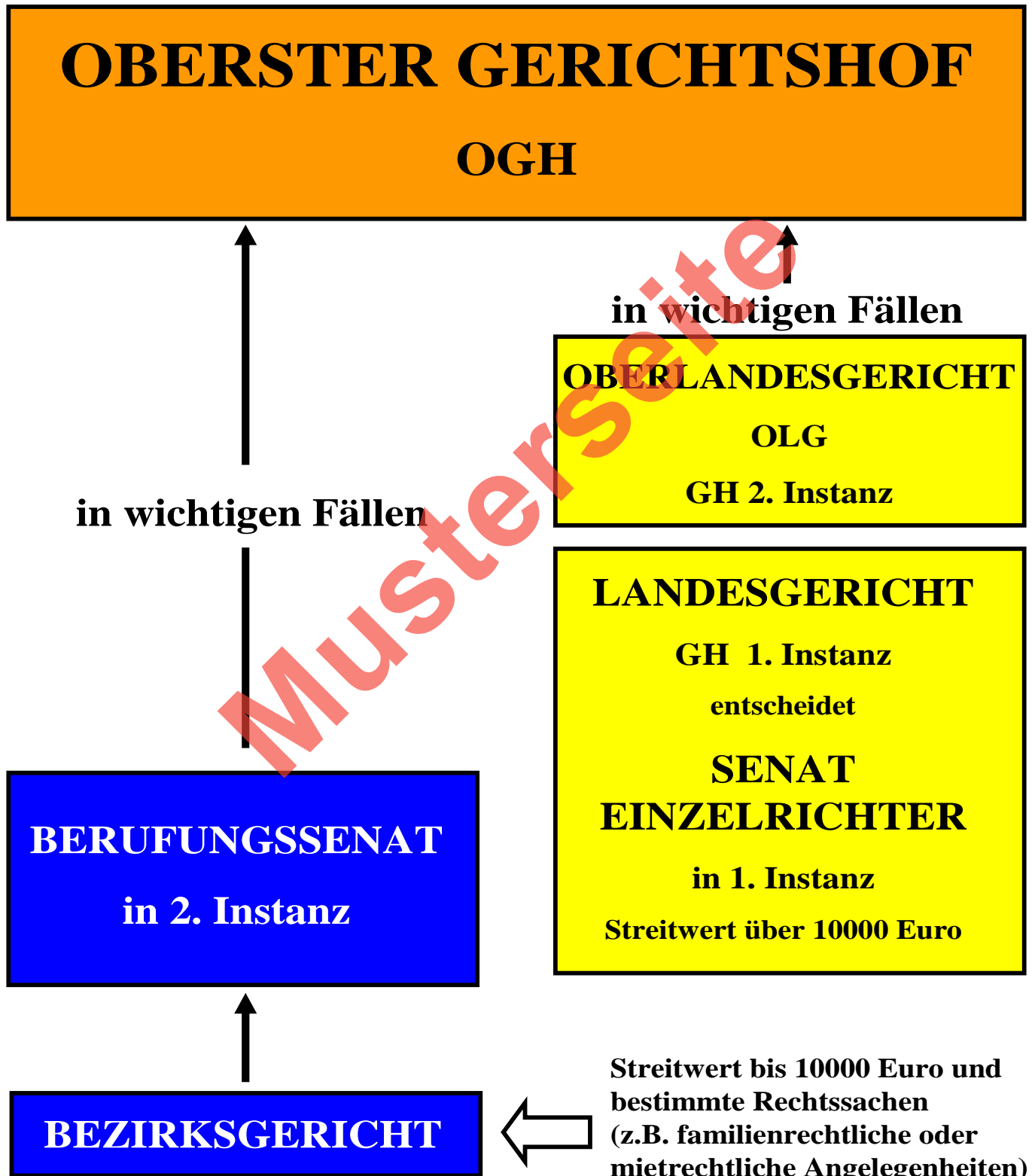


# Gerichtsorganisation und Instanzenzug (Strafrecht)



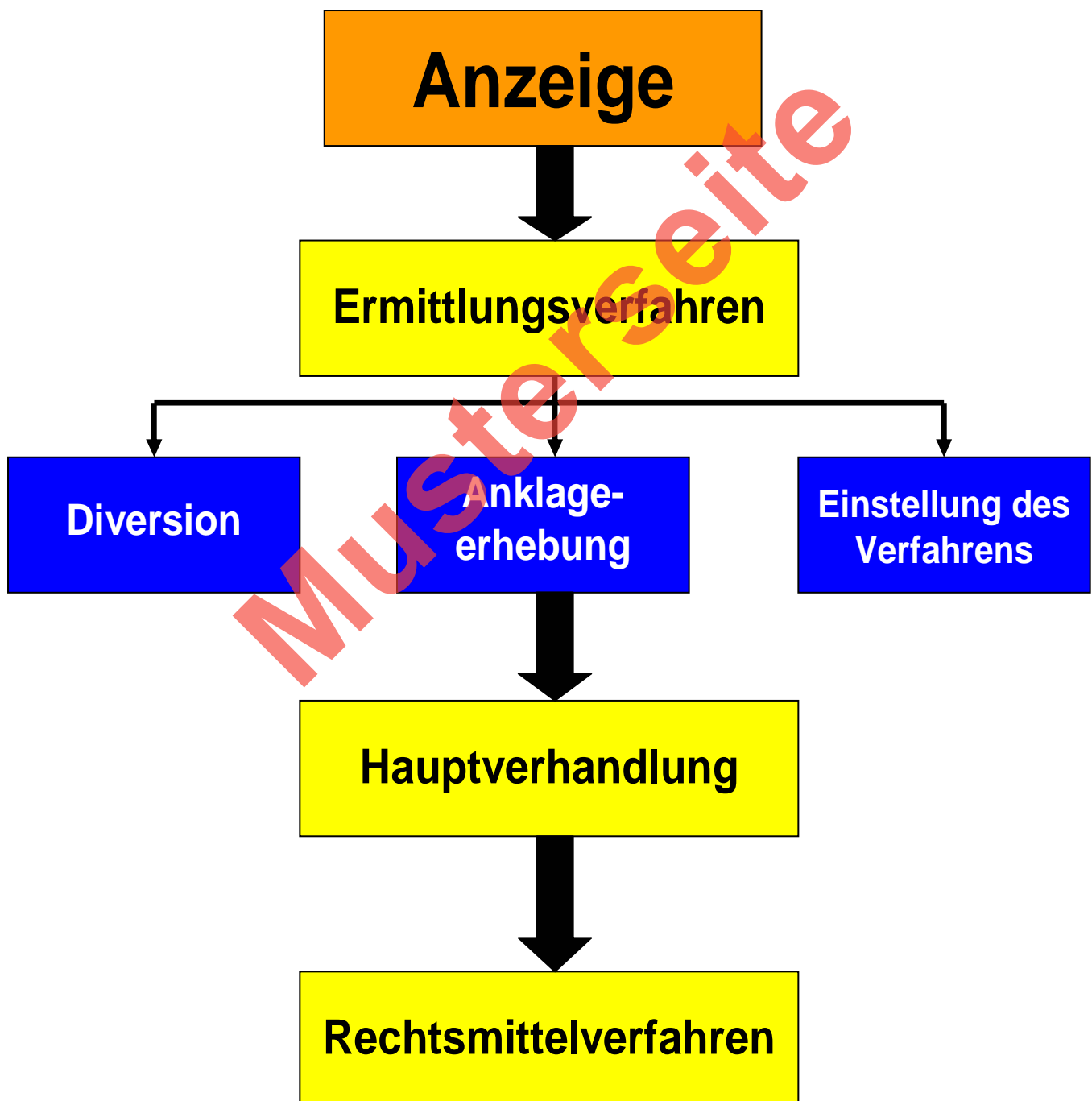


# Gerichtsorganisation und Instanzenzug (Zivilrecht)



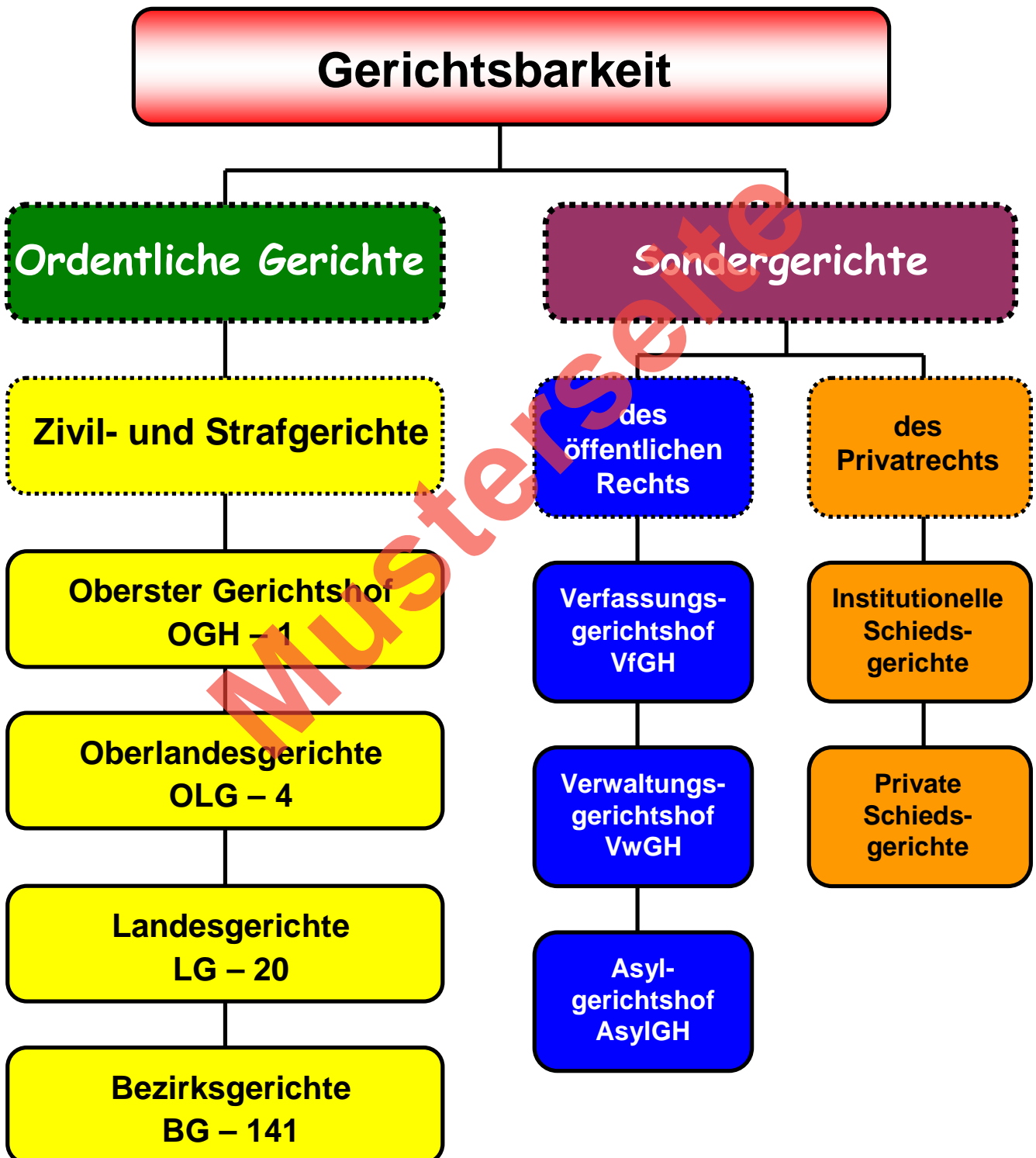


# Der Ablauf eines Strafverfahrens





# Übersicht der Gerichtsbarkeit in Österreich



## Arbeitsblatt zum Thema „Strafrecht“

Beantworte folgende Fragen!

1. Was versteht man unter Resozialisierung?

---

2. Wird eine bedingte Verurteilung im Strafregister eingetragen?

---

3. Was geschieht mit einem Dieb, der ein Trinker ist?

---

---

4. Welche vorbeugende Maßnahmen gibt es?

---

---

---

---

5. Wodurch unterscheiden sich Mord und Totschlag?

---

---

---

6. Ist ein Erwachsener strafbar, wenn er mit einem 13jährigen Mädchen, die damit einverstanden ist, eine sexuelle Beziehung eingeht?

---

---

---

---

## Arbeitsblatt zum Thema „Strafrecht“

Beantworte folgende Fragen!

**1. Was versteht man unter Resozialisierung?**

Spezialprävention, Besserung, „Wiedereingliederung in die Gesellschaft“

---

**2. Wird eine bedingte Verurteilung im Strafregister eingetragen?**

ja

---

**3. Was geschieht mit einem Dieb, der ein Trinker ist?**

Er wird in einen Anstalt für entwöhnungsbedürftige Rechtsbrecher eingewiesen.

---

**4. Welche vorbeugende Maßnahmen gibt es?**

Unterbringung in Anstalten für geistig abnorme Rechtsbrecher, für entwöhnungsbedürftige Rechtsbrecher, für gefährliche Rückfallstäter, ferner die Einziehung der Gegenstände, mit denen die Straftat verübt wurde oder werden sollte oder die durch die Tat erzeugt wurden (**nicht**: Verfall und Abschöpfung der Bereicherung, diese sind Nebenstrafen).

---

**5. Wodurch unterscheiden sich Mord und Totschlag?**

Totschlag liegt nur vor, wenn sich der Täter in einer allgemein begreiflichen heftigen Gemütsbewegung zur (vorsätzlichen) Tötung eines anderen hinreißen hat lassen. Fehlt es an einer solchen Gemütsbewegung, wird die vorsätzliche Tötung als Mord bestraft.

---

**6. Ist ein Erwachsener strafbar, wenn er mit einem 13jährigen Mädchen, die damit einverstanden ist, eine sexuelle Beziehung eingeht?**

Der Erwachsene wird wegen schweren sexuellen Missbrauchs von Unmündigen (§ 206 StGB) oder, wenn die Tathandlung nicht im Beischlaf, sondern in anderen Unzuchtshandlungen besteht, wegen sexuellen Missbrauchs von Unmündigen (§ 207 StGB) bestraft.

---

## Arbeitsblatt zum Thema „Strafrecht“

Beantworte folgende Fragen!

1. Wer verurteilt einen Taschendieb?

---

2. Wann tritt Rechtskraft ein?

a)

---

b)

---

c)

---

3. Was tut der Staatsanwalt?

---

---

---

---

4. Wer ist ein Jugendlicher?

---

5. Welche allgemeinen Straf- ober- und – untergrenzen gelten für die Ahndung von Jugendstraftaten?

---

---

---

6. Wer ist Angeklagter und wer Beschuldigter?

---

---

---

## Arbeitsblatt zum Thema „Strafrecht“

Beantworte folgende Fragen!

### 1. Wer verurteilt einen Taschendieb?

der Bezirksrichter

---

### 2. Wann tritt Rechtskraft ein?

a) nach Rechtsmittelverzicht

---

b) nach Verstreichen der Rechtsmittelfrist

---

c) infolge Erschöpfung des Rechtszugs nach Entscheidung der letzten Instanz

---

### 3. Was tut der Staatsanwalt?

Er prüft die Anzeige, lässt durch die Polizei oder durch den Untersuchungsrichter den Fall klären. Anschließend klagt er an oder legt die Anzeige zurück oder er gibt die Erklärung ab, dass er zur Verfolgung des Angezeigten keinen Grund findet. Er ergreift auch Rechtsmittel, sei es zum Nachteil, sei es mitunter zum Vorteil des Angeklagten (Beschuldigten).

---

### 4. Wer ist ein Jugendlicher?

wer das vierzehnte, aber noch nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat

---

### 5. Welche allgemeinen Straf- ober- und – untergrenzen gelten für die Ahndung von Jugendstraftaten?

Das Höchstmaß aller Freiheitsstrafen ist auf die Hälfte herabgesetzt, ein Mindestmaß entfällt (Ausnahmen bei den Strafdrohungen lebenslang und zehn bis zwanzig Jahre). Das Höchstmaß aller Tagessätze (Geldstrafen) ist gleichfalls auf die Hälfte herabgesetzt.

---

### 6. Wer ist Angeklagter und wer Beschuldigter?

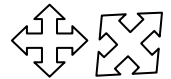
„Angeklagter“ – in der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht und Geschworenengericht sowie vor allen Rechtsmittelgerichten; „Beschuldigter“ – vor dem Bezirksgericht und dem Einzelrichter des Gerichtshofs, ferner im Ermittlungsverfahren des Gerichtshofs

---



Suche in **diesem Rätsel** alle möglichen Wörter, die mit dem **Begriff „Strafrecht“** zu tun haben!  
 (ä = ae, äu = aeu, usw.)

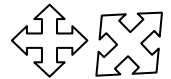
Finde und schreibe sie heraus (20)! – Suche in alle Richtungen!



Z	I	V	I	L	P	R	O	Z	E	S	S	A	K	R	S	X	S	Y	R	K	J	S	L	G
W	D	Q	G	T	E	C	P	V	C	X	Y	T	U	E	D	S	O	A	X	W	G	N	E	Z
Q	K	E	M	H	A	N	T	S	E	F	E	A	G	T	V	C	U	W	H	I	J	S	G	Q
C	D	Y	T	M	U	A	C	H	Q	M	B	H	N	D	J	B	I	Z	A	R	E	N	I	A
W	J	S	P	K	B	E	R	T	A	R	U	Y	U	C	W	E	A	V	W	T	Q	C	K	G
M	N	Q	H	W	L	R	T	N	E	K	N	E	N	T	K	H	L	T	Z	V	E	B	L	N
X	A	D	R	T	I	G	K	A	F	W	Y	K	G	R	Z	C	I	S	H	J	D	H	A	U
V	C	H	N	X	K	L	H	A	T	S	B	E	I	D	H	T	S	B	L	K	I	U	T	H
O	W	S	C	U	A	X	T	D	H	Z	S	B	E	Y	O	A	D	L	U	H	C	S	Q	C
L	X	Y	H	G	P	Y	H	N	C	W	R	Q	T	G	V	N	R	O	A	Z	E	S	R	A
K	D	J	E	U	J	K	L	A	E	X	B	Z	N	B	S	Q	K	J	R	U	R	C	P	M
S	N	A	T	D	Q	P	A	Z	R	M	T	S	E	A	H	L	C	H	S	B	X	Q	E	T
A	C	H	J	L	V	I	U	N	B	F	E	T	K	W	E	R	H	T	C	Y	L	A	R	U
N	X	B	E	W	A	E	H	R	U	N	G	S	H	E	Z	F	E	R	U	W	H	T	I	G
W	D	T	B	K	X	Y	R	U	I	C	H	D	A	X	T	H	N	X	D	Q	E	L	O	R
A	D	E	Y	Z	J	Q	T	Z	W	K	C	J	W	Y	G	E	O	K	P	A	R	A	D	E
L	V	R	W	B	E	R	U	F	U	N	G	S	S	E	N	A	T	Q	A	V	W	W	E	D
T	H	L	S	C	X	U	L	J	D	Y	X	J	P	V	E	S	A	P	S	F	J	N	T	E
S	R	F	O	J	H	D	R	U	V	C	S	T	O	I	S	W	R	V	I	B	Y	A	Z	I
C	A	T	I	N	S	T	A	N	Z	E	N	U	F	M	A	N	D	A	N	A	R	S	V	W
H	B	N	M	O	I	X	Y	D	T	Z	K	Q	A	G	U	G	E	W	M	F	K	T	H	R
A	E	G	I	S	L	E	F	M	V	E	R	R	S	X	Z	T	W	C	U	R	W	H	P	A
F	S	A	T	I	E	K	R	A	B	S	T	H	C	I	R	E	G	H	E	V	T	C	B	N
T	Q	W	Y	G	U	Z	T	W	I	N	C	D	T	Z	Y	K	J	E	A	D	Y	E	X	O
B	A	U	F	O	K	J	Q	C	V	G	N	U	G	L	I	T	B	X	S	M	Q	R	S	V


Suche in **diesem Rätsel** alle möglichen Wörter, die mit dem **Begriff „Strafrecht“** zu tun haben!  
 (ä = ae, äu = aeu, usw.)

Finde und schreibe sie heraus (20)! – Suche in alle Richtungen!



Z	I	V	I	L	P	R	O	Z	E	S	S	A	K	R	S	X	S	Y	R	K	J	S	L	G
W	D	Q	G	T	E	C	P	V	C	X	Y	T	U	E	D	S	O	A	X	W	G	N	E	Z
Q	K	E	M	H	A	N	T	S	E	F	E	A	G	T	V	C	U	W	H	I	J	S	G	Q
C	D	Y	T	M	U	A	C	H	Q	M	B	H	N	D	J	B	I	Z	A	R	E	N	I	A
W	J	S	P	K	B	E	R	T	A	R	U	Y	U	C	W	E	A	V	W	T	Q	C	K	G
M	N	Q	H	W	L	R	T	N	E	K	N	E	N	T	K	H	L	T	Z	V	E	B	L	N
X	A	D	R	T	I	G	K	A	F	W	Y	K	G	R	Z	C	I	S	H	J	D	H	A	U
V	C	H	N	X	K	L	H	A	T	S	B	E	I	D	H	T	S	B	L	K	I	U	T	H
O	W	S	C	U	A	X	T	D	H	Z	S	B	E	Y	O	A	D	L	U	H	C	S	Q	C
L	X	Y	H	G	P	Y	H	N	C	W	R	Q	T	G	V	N	R	O	A	Z	E	S	R	A
K	D	J	E	U	J	K	L	A	E	X	B	Z	N	B	S	Q	K	J	R	U	R	C	P	M
S	N	A	T	D	Q	P	A	Z	R	M	T	S	E	A	H	L	C	H	S	B	X	Q	E	T
A	C	H	J	L	V	I	U	N	B	F	E	T	K	W	E	R	H	T	C	Y	L	A	R	U
N	X	B	E	W	A	E	H	R	U	N	G	S	H	E	Z	F	E	R	U	W	H	T	I	G
W	D	T	B	K	X	Y	R	U	I	C	H	D	A	X	T	H	N	X	D	Q	E	L	O	R
A	D	E	Y	Z	J	Q	T	Z	W	K	C	J	W	Y	G	E	O	K	P	A	R	A	D	E
L	V	R	W	B	E	R	U	F	U	N	G	S	S	E	N	A	T	Q	A	V	W	W	E	D
T	H	L	S	C	X	U	L	J	D	Y	X	J	P	V	E	S	A	P	S	F	J	N	T	E
S	R	F	O	J	H	D	R	U	V	C	S	T	O	I	S	W	R	V	I	B	Y	A	Z	I
C	A	T	I	N	S	T	A	N	Z	E	N	U	F	M	A	N	D	A	N	A	R	S	V	W
H	B	N	M	O	I	X	Y	D	T	Z	K	Q	A	G	U	G	E	W	M	F	K	T	H	R
A	E	G	I	S	L	E	F	M	V	E	R	R	S	X	Z	T	W	C	U	R	W	H	P	A
F	S	A	T	I	E	K	R	A	B	S	T	H	C	I	R	E	G	H	E	V	T	C	B	N
T	Q	W	Y	G	U	Z	T	W	I	N	C	D	T	Z	Y	K	J	E	A	D	Y	E	X	O
B	A	U	F	O	K	J	Q	C	V	G	N	U	G	L	I	T	B	X	S	M	Q	R	S	V

Recht	Gerichtsbarkeit	Berufungssenat
Notar	Rechtsanwalt	Bewährung
Volksanwaltschaft	Enteignung	Raub
Anklage	Diebstahl	Festnahme
Schuld	Instanzen	Wiedergutmachung
Zivilprozess	Gesetz	Tilgung
Säumnis	Strafe	